

Vorbemerkung zum nachfolgenden Aufsatz

Der Aufsatz von Michele Salvati unterscheidet sich dadurch von der in Westdeutschland bekannten Literatur über die Klassenkämpfe der letzten Jahre in Italien, daß in ihm versucht wird, die Auseinandersetzungen auf dem Hintergrund der ökonomischen und politischen Entwicklung Italiens zu analysieren. In diesem Aufsatz wird also weder eine Beschreibung exemplarischer Klassenauseinandersetzungen gegeben, noch ein explizit strategischer Beitrag zur Auseinandersetzung zwischen italienischen linken Gruppen geleistet, noch werden etwa die Aussichten bestimmter Kampfformen untersucht. Salvati unternimmt diese Analyse auch nicht aus einem irgendwie motivierten bloß historischen Interesse, sondern weil aus den Entwicklungsbedingungen der ökonomischen und politischen Verhältnisse in Italien erst das Aufbrechen der Klassenkämpfe, der Zerfall der Machtgrundlagen der Kapitalistenklasse und die Chancen für eine "Neuordnung" im Sinne einer erneuten Formierung der herrschenden Klasse zur Niederhaltung der Arbeiterklasse allein adäquat erklärt werden können. Sein

Anliegen ist es, mit subjektivistischen Illusionen in der linken Bewegung Italiens aufzuräumen. "Das Subjekt unserer Untersuchung", so schreibt Salvati, "ist das Kapital . . ." Also sei es notwendig, aus den ökonomischen und politischen Bedingungen der Nachkriegsepoche die Entscheidungen der politischen Vertreter des Kapitals zu begreifen, um die sozialen, politischen und natürlich ökonomischen Konflikte richtig einschätzen zu können. Salvati unternimmt also das, was man bei uns gewöhnlich als "Klassenanalyse" bezeichnet. Wir können dabei allerdings nicht umhin, einige Bedenken anzumelden, die sich auf die Verwendung der Kategorien seiner Klassenanalyse beziehen. Uns scheint, daß die ausschließliche Verwendung von Kategorien der Oberfläche des Kapitalverhältnisses, wie "Angebot und Nachfrage". "Kosten- und Nachfrageinflation", "ökonomische und politische Variablen" usw. zur anderen Art Subjektivismus führt, als dem von Salvati kritisierten: Denn mit diesen Kategorien, die aus einer wenn auch historisch verstandenen bürgerlichen Ökonomie stammen, benennt Salvati die Ansatzpunkte, auf die sich die Wirtschaftspolitik der Kapitalistenklasse bzw. einzelner ihrer Fraktionen bezieht und es entsteht dann sehr leicht die Tendenz, die ökonomische und politische Entwicklung aus den Handlungen und Unterlassungen der politischen Charaktermasken der Bourgeoisie zu erklären, wobei die Notwendigkeiten, die Möglichkeiten und vor allem die Grenzen ihres Handelns nicht mehr klar genug benannt werden. Von dieser Kritik jedoch unberührt bleibt die unseres Erachtens wichtigste Aussage des Aufsatzes von Salvati: daß die Arbeiter-

klasse in ihren Kämpfen zu einem Moment wird, das den Akkumulationsprozeß des Kapitals wirksam stören kann und damit veränderte politische Verhältnisse zu schaffen vermag. In der historischen Analyse kommt sehr klar zum Ausdruck, daß die Kapitalentwicklung eben nicht nur Resultat einer wie auch immer verstandenen Selbstbewegung des Kapitals, sondern Resultante der Klassenaus-einandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital ist. Eine historische Analyse, die politische Konsequenzen tragen will, hat dies zu berücksichtigen. Der Wert der Arbeit von Michele Salvati gerade für die westdeutsche Linke besteht darin, die Wichtigkeit dieser Dimension am Beispiel der Krise in Italien hervorgehoben zu haben.

Der Ursprung der gegenwärtigen Krise in Italien

von Michele Salvati

(Aus: Quaderni Piacentini, XI. Jg., Nr. 46, März 1972. Übersetzt von Renate Genth)

Die folgenden Bemerkungen sind geschrieben worden, damit die ökonomische, politische und gesellschaftliche Krise, die der italienische Kapitalismus gerade durchmacht, besser begriffen werden kann. Unter besonderer Berücksichtigung ihrer spezifischen Merkmale ist sie mit der breiten Krise in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen verbunden, in die Italien verwickelt ist. Über die Erschütterungen hinaus, die die allgemeine Krise in unserem Land hervorruft, ist seit einiger Zeit die Unfähigkeit des italienischen Kapitalismus offensichtlich, die in seiner Entwicklung produzierten Widersprüche wieder voll unter seine Gewalt zu bringen. Aktuell erscheint diese Unfähigkeit ökonomisch in Form einer tiefen konjunkturellen Krise und politisch im sogenannten "Scheitern" des Centro Sinistra. Die heute aufgetretenen Probleme können aber nicht ohne eine Analyse der jüngsten Geschichte Italiens begriffen werden. Also werden wir eine Interpretation der Nachkriegsentwicklung unseres Landes vorstellen. Es handelt sich dabei um eine kurze und schematische Interpretation: und sie ist nicht sehr originell. In ihrem ökonomischen Teil, der das Gerüst bildet, ist sie vor allem von Analysen bekannter nicht-marxistischer Ökonomen beeinflusst (Paolo Sylos-Labini, Giorgio Fua, Siro Lombardini, Luigi Spaventa, Augusto Graziani . . .), die etwa seit Beginn der sechziger Jahre erschienen sind. Besser als gar nichts, jedenfalls. Vor allem besser als jene impliziten Interpretationen, die in der augenblicklichen politischen Diskussion gängig sind; so daß die Fehler umso weniger aufgedeckt und widerlegt werden können.

Eine Bemerkung ist noch notwendig. Wer hier eine Diskussion und ein Urteil über die politischen Entscheidungen der Arbeiterbewegung und der linken Gruppen erwartet, wird enttäuscht sein. Nur wenn sie als Fakten wichtig sind, werden sie hier erwähnt. Das Subjekt unserer Untersuchung ist das Kapital. Bevor eine

vernünftige Einschätzung der politischen Vorstellungen der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung und der linken Gruppen möglich ist, müssen zunächst die Entscheidungen des Kapitals begriffen werden. Die Diskussion wird in den nächsten Nummern unserer Zeitschrift fortgesetzt werden, um die Analyse zu vertiefen, um die verschiedenen Interpretationen einzuschätzen und um dem, der davon Gebrauch machen will, die notwendigen bibliographischen Bezugspunkte zu liefern, jedoch nicht, um daraus genaue Anweisungen für die politische Praxis abzuleiten (12. Januar 1972).

1. Der internationale Zusammenhang

Im folgenden beziehen wir uns nicht systematisch auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Es ist daher angebracht, zunächst den Bezugsrahmen zu bestimmen, weil diese Beziehung die politischen Entscheidungen, vor denen der italienische Kapitalismus steht, und die strategischen Entscheidungen der Linken beschränken.

Der große internationale Wirtschaftsboom – Es genügt hier daran zu erinnern, daß in den letzten zwanzig Jahren eine außerordentliche Entwicklung des Welt Handels und eine außerordentliche “Prosperität” in den Ländern, die darin enger verwickelt sind, stattgefunden hat: in den “avancierten” kapitalistischen Ländern der “Nordatlantischen Gemeinschaft”, in die wir auch Japan einbeziehen. Außerordentlich für die Intensität gegenüber einer beliebigen historischen Epoche, mit der wir vergleichen könnten. Und außerordentlich in den Mitteln und dem politischen Bewußtsein, womit diese Entwicklung von ihrem Meister verfolgt worden ist: den Vereinigten Staaten von Amerika. Es herrscht weitgehend die Meinung, daß diese Epoche der fetten Kühe zu Ende geht: auch ohne dramatische Zusammenbrüche oder tiefe Depressionen ist es ziemlich wahrscheinlich, daß das Wachstumstempo des internationalen Austauschs zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Ländern in den nächsten Jahren beträchtlich zurückgeht.

Hier können wir nur die hauptsächlichen Charakterzüge der gegenwärtigen Krise erwähnen: auf der einen Seite ist es die steigende wirtschaftliche und politische Schwierigkeit der USA, das beträchtliche Defizit in der gesamten Zahlungsbilanz gegenüber der wachsenden Gegnerschaft der anderen kapitalistischen Länder zu behaupten und in einem Augenblick, da ihre industrielle “leadership” von ihnen ernsthaft bedroht ist; auf der anderen Seite haben wir die Schwierigkeiten aller hochentwickelten kapitalistischen Länder, die schnelle Entwicklung unter der Bedingung fortzusetzen, daß die Preise stabil bleiben und das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz unter Wahrung der Vollbeschäftigung erhalten bleibt. Gerade der Erfolg der vergangenen zwanzig Jahre (der ungeheure Aufschwung der industrialisierten Länder, die Reaktivierung der internationalen Konkurrenz, die Voll-

beschäftigung) hat die augenblicklichen Schwierigkeiten ans Licht gebracht: die allgemeine Verringerung der Profitmargen, die zwischen stark steigenden Löhnen und internationalen Preisen, deren Steigen von einer kräftigen internationalen Konkurrenz behindert wird, zusammengepreßt werden; die inflationistischen Spannungen und die fortwährende Bedrohung, in ein schwerwiegendes Defizit der Zahlungsbilanz zu geraten, die Konsequenzen der Bedingungen sind, unter denen die Arbeitskräfte weitgehend in den Produktionsprozeß eingegliedert wurden. Aber wenn die internationale Zunahme der Konkurrenz das Heilmittel des Großkapitals gegen den Fall der Profitrate und wenn die Depression der inneren Nachfrage das klassische Heilmittel des kapitalistischen *Staates* sein soll, um seine internationale Position zu retten, dann ist eine fortschreitende Stockung in der internationalen Nachfrage vorauszusehen. Das ist die Situation, in der wir uns schon seit einiger Zeit befinden und die durch die kürzlichen Maßnahmen der USA offengelegt worden ist. Wenn sich die Situation aber so verhält, dann wird Italiens Wirtschaft in naher Zukunft folgendes zu erwarten haben: (a) die Abnahme der Impulse, die der Wirtschaftsprozeß bisher aus dem internationalen Handel bezogen hat; (b) eine wachsende "Strenge" der internationalen Konkurrenz.

Die internationale Integration – Die Entwicklung des internationalen Handels hat zu einer wachsenden Integration der "nordatlantischen" Wirtschaftssysteme untereinander geführt. Das starke Wachstum des Anteils der Importe am nationalen Bruttosozialprodukt in allen Ländern ist dafür ein oberflächlicher, aber doch sehr bedeutender Indikator. In jeder Hinsicht ist – vor allem die "leistungsfähigere" – italienische Industrie nur ein Bruchstück der nordatlantischen Wirtschaft. Dabei handelt es sich um ein Phänomen, das schon seit langer Zeit die Spitzen der Wirtschaft der europäischen Länder beschäftigt: und angesichts unserer Bemerkungen handelt es sich dabei um durchaus gerechtfertigte Sorgen, weil – bei einer so engen Interdependenz – die nationalen Alternativen in der Wirtschaftspolitik weitgehend reduziert sind. Erst seit kurzer Zeit jedoch scheinen die politischen und gewerkschaftlichen Kräfte der Arbeiterbewegung den Ernst der Situation begriffen zu haben. Jede Bezeichnung als "reformistische" Wirtschaftspolitik muß unter dem Gesichtspunkt der Zwänge, die vom internationalen Handel auferlegt werden, reflektiert werden. Und die Strategie der Gewerkschaft ist in mancher Weise gezwungen, mit den Löhnen, der Produktivität, dem Arbeitstempo . . . unserer Konkurrenten "die Rechnung zu machen". Natürlich wird heute niemand von der Gewerkschaft fordern, sich dieser Disziplin zu unterwerfen. Aber wenn sie es nicht macht, muß sie mit einer Fülle von Reaktionen des "Systems" rechnen, das mit allen Mitteln die verletzte Disziplin wiederherzustellen versuchen wird.

Die internationale Arbeitsteilung – Jedes Land der nordatlantischen Gemeinschaft hat in den letzten zwanzig Jahren eine bestimmte Position in dem Zusammenhang eingenommen, den man gewöhnlich als die "internationale Arbeitsteilung" bezeichnet: Importeur von Waren einer bestimmten Entwicklung, technologischer Exporteur von anderen auf anderer Entwicklungsstufe; Importeur-Exporteur von Patenten und know-how; Importeur-Exporteur von Arbeitskraft und Kapital . . . An der Spitze dieser Hierarchie stehen unangefochten die USA . Der direkte und indirekte Widerstand gegen eine Untergrabung dieser Rangfolge ist sehr stark: und falls es irgendein Gesetz gibt, das den internationalen Handel regelt, so führt das dazu, daß die relativen Unterschiede zwischen den Wirtschaften noch vergrößert, nicht aber reduziert werden, wie es eine falsche ökonomische Theorie behauptet.

Dennoch hat man in der Linken teilweise eine etwas mythische Vorstellung von der internationalen Arbeitsteilung, wahrscheinlich weil man Analysen der unterentwickelten und abhängigen Länder in einen falschen Zusammenhang bringt. Für die Länder, die schon seit einiger Zeit industrialisiert sind und von einer nationalen Bourgeoisie geführt werden, die dieses Namens würdig ist, haben die letzten zwanzig Jahre ein einzigartiges Wachstum gebracht und auch eine Veränderung in der internationalen Hierarchie. Dieser Punkt muß deshalb erwähnt werden, um nicht die angemessene Einschätzung der *internen* Ursachen zu behindern, die die kapitalistische Entwicklung in den einzelnen Ländern ermöglicht oder verhindert haben. Unsere These ist, daß im Fall Italiens die internen Ursachen die kapitalistische Entwicklung seit 1963 verlangsamt haben, und zwar in einem Moment, da die steigende Welle des internationalen Handels noch lange nicht abebbte; mit einer anderen Geschichte und mit einer anderen Herrschaft über ihre inneren Widersprüche haben einige der nordatlantischen Länder die "Gelegenheiten" der kapitalistischen Entwicklung, die ihnen das letzte Jahrzehnt geliefert hat, besser ausgebeutet.

2. Die hauptsächlichsten Phasen der Wirtschaftsentwicklung Italiens in der Nachkriegszeit

Auch aus einer streng technisch-ökonomischen Analyse ergibt sich ganz deutlich, daß die Entwicklung des italienischen Kapitalismus in der Nachkriegszeit in drei klar bestimmte Phasen eingeteilt werden kann: die Phase des Wiederaufbaus (1945-1947); die Phase der "repressiven" Entwicklung (1948-1962); die Phase der "frühzeitigen Reife" (von 1964 bis heute). Wie bei allen Periodisierungen sind auch hier noch weitere Unterscheidungen möglich; und wie stets, kann die vorgeschlagene Periodisierung für bestimmte Gesichtspunkte und Erscheinungen nicht die nützlichste sein. Die Bedeutung dieser Periodisierung besteht jedoch darin, daß sie die wesentlichen Veränderungen des "Modells" der Wirtschaftsentwick-

lung umfaßt und auch die entscheidenden Wendepunkte der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes festmacht. Die erste Periode ist durch die Regierungen gekennzeichnet, in denen alle aus der Resistenza entstandenen politischen Kräfte zusammenarbeiteten; gleichzeitig findet der Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Wirtschaft statt und auch die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der kapitalistischen Produktion, die durch die Niederlage des Faschismus und durch die Resistenza erschüttert worden waren. Die zweite Periode ist durch die Regierungen des Centro, des Herausdrängens der Kommunisten und Sozialisten und die Unterdrückung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung gekennzeichnet (von daher der Terminus "repressiv", den wir zur Charakterisierung gewählt haben). Die dritte Periode ist dadurch gekennzeichnet, daß die Regierungen des Centro Sinistra entstehen, die Gewerkschaft und die Arbeiterbewegung einen Aufschwung erfahren und soziale Spannungen entstehen, die das politische System teilweise nicht mehr beherrschen kann: der Terminus "frühe Reife", den wir zu ihrer Bestimmung gewählt haben, bezieht sich diesmal auf Probleme der Wirtschaftspolitik, die in diesen Jahren entstehen (Inflation, Kreditrestriktionen, Depression, wirtschaftlicher Aufschwung, erneute Inflation etc.). Diese Probleme sind typisch für industrialisierte Wirtschaften, die einen erhöhten Gebrauch aller nationalen produktiven Ressourcen erreicht haben; und das ist in Italien der Fall. Eine historische marxistische Analyse müßte den Zusammenhang aller dieser Gesichtspunkte der gesellschaftlichen Entwicklung herausarbeiten, damit so die künstlichen Unterschiede zwischen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Geschichte überwunden werden.

2.1. Die repressive Entwicklung

Am Vorabend der fünfziger Jahre hat fast keiner der Ökonomen in der Regierung (und vielleicht noch weniger Ökonomen der Opposition) die außerordentliche Wirtschaftsentwicklung erwartet, die das kommende Jahrzehnt charakterisiert hat: Ihre Vorstellungen von der Zukunft waren stark von den Problemen geprägt, die sie in der Gegenwart in Angriff nahmen. Es waren die Vorstellungen von einem armen Land, das stets an einem Mangel an Rohstoffen leiden und unfähig sein würde, sich durch den Export von Industriewaren Vorteile zu verschaffen. Die industrielle Grundlage war in der Tat verglichen mit der der konkurrierenden Länder zu schwach. Man bemerkte mit Sorge die Abnahme der Exporte der Textilindustrie, einer für ein armes Land typischen Industrie. Und man wußte, daß der Export von mehr oder weniger verarbeiteten Landwirtschaftsgütern keine ausreichende Grundlage sein würde. Dem Ende der Marshall-Plan Hilfe sah man mit berechtigter Sorge entgegen.

Das was dann wirklich in dem Jahrzehnt geschah, war der Aufbau einer ziemlich breiten ausgedehnten industriellen Basis (wenn sie auch fast nur auf den Norden des Landes konzentriert war) und eine "frühe" industrielle Reife. Im Unter-

schied zu den "unterentwickelten" Ländern war die Handelsbilanz Italiens am Ausgang des Jahrzehnts wesentlich ausgeglichen und die Struktur unserer Importe und Exporte war größtenteils die eines hochentwickelten Landes: wir haben Rohstoffe und Fertigwaren importiert und Fertigwaren exportiert. Gewiß waren die Fertigwaren, die wir importierten, oft "technologisch" höher entwickelt als die, die wir exportierten. Aber die Liste unserer Exporte hat sich beträchtlich erweitert: sie sind weit über das Stadium der Textilien und Landwirtschaftsprodukte hinaus, und es gab im internationalen Rahmen kein Hindernis, daß diese Entwicklung noch weiter voranschritt, wie es im folgenden Jahrzehnt dann auch andere Länder der "nordatlantischen Gemeinschaft" machten. Im Unterschied zu unterentwickelten Ländern bauten wir eine Schwerindustrie von beträchtlichen Ausmaßen auf: Und diesmal war es im Unterschied zur Vergangenheit keine "Prestigeindustrie", die nur auf Staatskosten aufrechterhalten wurde und die vom nationalen Wirtschaftszusammenhang isoliert und international nicht konkurrenzfähig war. Es war im Gegenteil eine leistungsfähige Industrie, die für die Nachfrage der Wirtschaft nach Konsumgütern, Investitionsgütern und Exporten voll ausgelastet war.

Wie war das alles geschehen? Einiges ist noch unklar. Eine genaue Bestandsaufnahme des Vermächtnisses des Faschismus ist zum Beispiel noch nicht durchgeführt worden und würde eine detaillierte Untersuchung über die gesamte Periode der nationalen Wirtschaftsgeschichte zwischen den beiden Weltkriegen erfordern. Das Wenige, was bekannt ist, reicht jedoch aus, um uns eine Vorstellung über das Geschehen in der Phase der "repressiven Entwicklung" zu geben. Zunächst wollen wir die grundsätzlichen politischen Entscheidungen skizzieren und uns dabei auf fünf Gesichtspunkte beschränken.

a) Die politischen Maßnahmen im engeren Sinne. Zwischen der ersten Hälfte des Jahres 1947 und April 1948 veränderte sich das politische und soziale Klima entscheidend: der kalte Krieg fand in Italien eine unmittelbare Übereinstimmung. Während der Periode des Wiederaufbaus war die soziale Spannung allmählich schwächer geworden, auch dank der zähen Bemühungen der Kommunisten. Von einigen Ausnahmen abgesehen waren die alten Kapitalisten in die Fabriken zurückgekehrt und an allen Arbeitsplätzen war die alte Ordnung wiederhergestellt worden. Die Kommunisten blieben in der Regierung, auch in vielen lokalen Verwaltungen in zentralen und peripheren Organen des Staates, und sogar in den Präfekturen und den Polizeipräsidien. Obwohl die Linken – und darin waren sie sehr entschieden – auf ein Programm für den Übergang zum Sozialismus zunächst verzichtet hatten und die Wirtschaftspolitik in den Händen der anderen Parteien beliefen, ist heute klar, daß sie die Pläne der wiederhergestellten bürgerlichen Front störten, und wenn sie auch nur das Beschäftigungsniveau und den Stand der Lebensbedingungen der Arbeiter verteidigten. Jedenfalls war es angesichts der internationalen Orientierung Italiens undenkbar für sie, weiter an der Regierung teilzunehmen. Sie wurden deshalb herausgedrängt, und durch die Er-

gebnisse des 18. Aprils 1948 (Wahlen, Anmerk. des Übersetzers) wurden sie endgültig an den Rand gedrückt. Die Ereignisse nach dem Attentat auf Togliatti im Juli desselben Jahres brachten dann auch für die Kommunisten, die es nicht glauben wollten, die endgültige Klarstellung, daß die Periode der revolutionären Hoffnungen zu Ende war. Von da an begann eine Periode massiver Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsspaltung und die Arbeitslosigkeit begünstigten die systematische Diskriminierung der CGIL. Die reorganisierte und "gesäuberte" Polizei unterdrückte massiv jede Massendemonstration. Kurz gesagt, auch die furchtsamsten Bürger ließen sich schnell davon überzeugen, daß die Periode der "Unordnung" zu Ende war.

b) Die Wirtschaftspolitik. Sie fügte sich perfekt in das politische Klima, das geschaffen worden war. Kaum waren die Kommunisten aus der Regierung gedrängt, da verwirklichte Einaudi mit vollem Erfolg seinen Plan zur Kontrolle der Inflation. Es handelte sich ganz einfach um eine gut ausgearbeitete Kreditrestriktion, die die gewohnten Folgen der Depression in der Wirtschaft nach sich zieht. Wenn man sie allerdings nur als "kurzfristig" betrachtet, wird die Bedeutung ihres Einflusses entstellt: ihre für die Arbeiterklasse schädlichen Folgen beschränkten sich ganz und gar nicht auf die Wirkungen, die von der zyklischen Depression ausgehen; und richtig können die Apologeten des großen Ökonomen feststellen, daß die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Aktivität ziemlich beschleunigt wurde. Gewöhnlich aber haben sie nicht den Mut, auch die genau umgekehrte Entwicklung der Beschäftigung in der Industrie unter die Verdienste Einaudis zu reihen, die seit 1948 kontinuierlich bis fast zur Mitte der fünfziger Jahre absank. Die Politik Einaudis, von Menichella entschlossen verfolgt, war etwas mehr als ein Ensemble von Maßnahmen, um die Inflation aufzuhalten: sie war eine Wirtschaftspolitik der "harten Maßnahmen" ("frustata"), die die "Effizienz" unseres wirtschaftlichen Systems stimulierte, indem die nicht konkurrenzfähigen Unternehmen ausgeschaltet wurden, indem die überflüssigen Arbeiter wie unnütze Organe wegoperiert wurden und indem modernste Techniken mit höherer Kapitalintensität begünstigt wurden. Die "Wirtschaftspolitik der Härte" lastete wesentlich auf den Schultern der Arbeiter. Die feste Geld- und Kreditdisziplin zusammen mit der internationalen Konkurrenz, der sich unsere Wirtschaft mehr und mehr aussetzte, erklärt großenteils die hauptsächlichlichen Charakterzüge der kapitalistischen Akkumulation in den fünfziger Jahren.

c) Daß sich unsere Wirtschaft der internationalen Konkurrenz öffnete, ging zweifellos auf den Einfluß der USA zurück, und zwar war dies ein Teil ihres Plans, ein wirtschaftlich starkes Europa aufzubauen, um es der Sowjetunion als Bollwerk entgegenzusetzen. Es handelte sich dabei aber auch um eine Entscheidung, die starke Gegner in dem miserablen Kapitalismus finden mußte, den der Faschismus hinterlassen hatte, und gewiß konnte De Gasperi nicht durch die doktrinäre Begeisterung der liberalen Ökonomen die Oberhand gewinnen. Wir wissen noch sehr wenig darüber, wie die Schlacht für die Liberalisierung gewonnen wurde:

jedenfalls trat nach und nach eine Liberalisierung ein und zu der Kreditdisziplin kam der Einfluß der internationalen Konkurrenz. Die Wirkung kennen wir: gegen Mitte der fünfziger Jahre wurde deutlich, daß wir in der internationalen Konkurrenz nicht allzu schlecht wegkamen und daß eine immer größere Anzahl unserer Waren konkurrenzfähig war und immer breitere Märkte eroberte. In dieser ganzen Periode bildeten die Exporte die dynamische Komponente in der gesamten Nachfrage, und der große Unterschied zwischen Importen und Exporten, der immer ein Charakteristikum unserer Wirtschaft war, wurde von Jahr zu Jahr reduziert. Die industrielle Basis, die wir geerbt hatten, die "Rationalisierungen" und die Investitionen nach 1947 – 48, die überschüssigen und billigen Arbeitskräfte, das Aufleben neuen Unternehmungsgeistes setzte uns also instand, mit traditionell viel stärkeren Industrieländern auch auf ihren Bereichen erfolgreich zu konkurrieren: und zwar in der Produktion der Waren, die auf dem internationalen Markt die höchsten Anstiegsraten erzielten, da für sie in den "entwickelten" Ländern eine wachsende Nachfrage existierte. (Im Unterschied zu Waren, die von den "unterentwickelten" Ländern produziert und exportiert wurden.) Auch deshalb war wahrscheinlich die Aufhebung der Arbeitslosigkeit so langsam und das Wachstum der Produktivität so hoch: für diese für die entwickelten Länder typischen Produkte war die kapitalistische Intensität der Produktionstechniken relativ hoch, und daher führten die Investitionen in den exportierenden Zweigen, so ungeheuer hoch sie auch waren, nur zu einer geringen Steigerung der Beschäftigung.

d) Eine weitere grundsätzliche politische Entscheidung bezog sich auf die Entwicklung einer Schwerindustrie mit staatlicher Beteiligung (Eisenindustrie und Energiewirtschaft). Dies war eine außerordentlich weitsichtige Entscheidung (zu Zeiten Senigaglias und Matteis), da sie ein in dieser Zeit unvorstellbares Wachstum in der Nachfrage nach Energie und Stahl vorausnahm. In der Tat trat diese Nachfrage ein, und daß sie zu konkurrenzfähigen Preisen durch die innere Produktion befriedigt worden war, war einer der größten Erfolge der ökonomischen Entwicklung Italiens. Es ist nutzlos zu bedauern, daß die Entwicklung dieser Sektoren zwar Investitionen erfordert und wenig Beschäftigung schafft: damit gehört sie zu den schon erwähnten Faktoren, die das geringe Wachstum der Beschäftigung in den fünfziger Jahren erklären. Darüber hinaus muß man erwähnen, daß in entscheidendem Maße die Entwicklung eines starken staatlichen Sektors zusammen mit der Öffnung gegenüber der internationalen Konkurrenz eine Revolution für das italienische Monopolkapital verursacht hat. Die Entscheidungen Matteis und der IRI wurden stark bekämpft: aber im Bereich der Regierung fanden sich genug mächtige und ausdauernde Verteidiger für diese Pläne. In der Tat ist die Verteidigung durch die Regierung und die kontinuierliche Stärkung des staatlichen Industriesektors eine der Konstanten dieser Nachkriegszeit (vor und noch mehr nach dem Centro Sinistra), und sie stellt die einzige wirkliche Strukturreform dar, die von der Regierung auch gegen starke Kräfte des herrschenden Blocks verfolgt wurde.

e) Dann müssen noch bestimmte politische Maßnahmen erwähnt werden, die sich von den bisher dargestellten unterscheiden. Bisher haben wir von Maßnahmen gesprochen, die dazu beigetragen haben, die intensive, aber "verzerrte" Entwicklung der Akkumulation in Italien zu erklären. Aber es gab auch Maßnahmen, und über die wurde am meisten diskutiert und veröffentlicht, die getroffen wurden, um die großen Spannungen einzudämmen, die diese Entwicklung immer wieder schuf, und um den politischen Konsens zwischen den Regierungsparteien zu erhalten. Anders kann das Gesetz über die "Cassa del Mezzogiorno" nur schwierig erklärt werden, oder das Übergangsgesetz zur Agrarreform, das "Gesetz Fanfani" zur öffentlichen Bauplanung und die Hunderte von Gesetzen, Verordnungen und Dekreten, die Verlagerungen zugunsten von geographischen Gebieten, von Produktionssektoren und von sozialen Schichten bewirkten, die benachteiligt waren oder in dem wesentlich ungleichmäßigen Entwicklungsprozeß, der in Italien sich durchgesetzt hatte, zurückgeblieben waren. Eine angemessene Analyse dieser Maßnahmen fehlt vollkommen, und damit ist vermutlich die entscheidendste Lücke für eine politische Analyse des Machtblocks bezeichnet, der in diesen Jahren das Land regierte.

Im Zusammenhang dieser wesentlichen politischen Faktoren wird der wirtschaftliche Entwicklungstyp der fünfziger Jahre begreifbar. Es handelt sich dabei um ein Wachstum der italienischen Wirtschaft, das in erster Linie von einer starken Dynamik in den Investitionen und den Exporten und in viel geringerem Maße von der Dynamik des privaten Konsums "gezogen" ist. Investoren antworteten kräftig auf das "enriches-vous", das durch die "politische Stabilität" dieser Periode vorgegeben wurde. Und in der Tat erlaubten der Druck auf die Löhne und die ungeheure Steigerung der Produktivität immer höhere Profite in der Industrie. Die Exporte entwickelten sich mit ungeahnter Schnelligkeit, und zwar aus den Gründen, die wir eben erwähnt haben. Das mäßige Wachstum der Geldlöhne, die Stockung in der Beschäftigung, die bescheidene Bildung von Einkommen in nicht-industriellen Sektoren, die wesentlich ungleichmäßige Verteilung des Einkommens bewirkten ein verstärktes Sparen und ein bescheidenes Wachstum des privaten Konsums. Insgesamt führten die einzelnen Komponenten der Nachfrage dazu, eine bedeutende Quote der Produktionskapazität beschäftigt zu halten und daher angesichts der hohen Profite zu immer höheren Investitionen anzureizen.

In der Zeit gab es von der Seite der Produktionsressourcen kein Hindernis. Die Arbeitslosigkeit hat einen Höchststand erreicht und die Art der ablaufenden Akkumulation reduziert trotz ihrer Intensität keineswegs die industrielle Reservearmee: vielmehr wird sie in den ersten Jahren sogar noch vermehrt, da viele Fälle von Unterbeschäftigung oder wenig "produktiver" Beschäftigung in der Industrie in offene Arbeitslosigkeit umgewandelt werden. Die massive Unterdrückung der Gewerkschaft der Arbeiterklasse und die Drohung der Arbeitslosigkeit führten zu einer wachsenden "Fügsamkeit" der industriellen Arbeitskräfte. In einigen Sektoren der Industrie, die nicht direkt in den Reorganisationsprozeß verwickelt und

der internationalen Konkurrenz nicht so sehr ausgesetzt waren, blieb die Produktivität ziemlich niedrig. In den nicht-industriellen Sektoren war diese Situation allgemein. Die Regierung griff nicht ein, um sie zu unterstützen und ihre Effektivität zu entwickeln, sie bemühte sich eher, eine breite Fraktion der Arbeitskräfte im Kleinhandel zu beschäftigen, in der Landwirtschaft und in bestimmten geographischen Gebieten, damit offene Arbeitslosigkeit kein explosives Problem schuf. Die industriellen Arbeitskräfte in den Städten waren so zahlreich, daß sie aus der industriellen Reservearmee nicht noch vermehrt werden sollten. Die Produktivitätsgewinne in der Industrie waren so gestiegen, daß durch die Regierung oder vermittelt über den Markt, Einkommen in weniger begünstigte Sektoren oder Gebiete transferiert werden konnten; und die Arbeiterklasse war so schwach, daß sie auf den Abbau der Reallöhne, der durch die Ineffizienz der nicht-industriellen Sektoren (oder auch einiger Industriesektoren) bewirkt wurde, nicht reagieren konnte.

Die Entwicklung verlief also sehr schnell, aber zutiefst ungleichmäßig. Kapitalistische Effizienz in einigen Sektoren und Gebieten und Ineffizienz in den anderen und dies alles vorläufig ohne große Widersprüche. In diesen Jahren konnte der "Herrschende Block" seine Stellung festigen, der in der Democrazia Cristiana seinen politischen Ausdruck fand. Unter der gemeinsamen Fahne des Antikommunismus gelang es ihr, die verschiedensten Interessen zu vereinigen: offensichtlich das Großkapital, trotz der Meinungsverschiedenheiten bei einigen politischen Entscheidungen, die die rückständigeren Mitglieder benachteiligten; die "repressive" Entwicklung brachte vor allem für die großen Monopole Vorteile. Aber trotz der harten Kreditrestriktionen und der größeren Schwierigkeiten durch die internationale Konkurrenz hatten auch die kleineren und mittleren Unternehmen Vorteile: die große Arbeitslosigkeit und die Unmöglichkeit (seitens der Arbeiter und der Gewerkschaften) die Einhaltung der Arbeitsverträge und der sie betreffenden gesetzlichen Verfügungen zu garantieren, boten den kleinen Unternehmen einen beachtlichen wirtschaftlichen Spielraum. Offensichtlich der Vatikan (Papst Pacelli) und sein starker Einfluß. Aber bei vielen anderen Schichten – und geradezu ganzen geographischen Landstriche –, die *objektiv* unter diesem ablaufenden Wirtschaftsprozesse nur zu leiden hatten, liegen die Dinge nicht so offen auf der Hand. Vor allem auf der politischen Ebene enthüllte sich die Funktionalität der Unterentwicklung in der Entwicklung. Die fehlende wirtschaftliche Entwicklung im Mezzogiorno (und in vielen anderen Gebieten) verhinderte, daß sich der Klassengegensatz ausbilden konnte, und ermöglichte das Überleben von Schichten und Produktionsverhältnissen, auf denen das Korruptionsspiel der zentralen Macht sich voll entwickeln konnte. Vor kurzem ist eine gute Untersuchung über die Agrarpolitik der Regierung erschienen (Pugliese e Mottura, "Inchiesta", Dez. 71) mit ihrem permanenten Schwanken zwischen Initiativen für die "politische Konsolidierung" (nur so kann man das ökonomisch absurde Übergangsgesetz zur Agrarreform begreifen) und Reformen zur Hebung der Effizienz. In den Jahren, die wir gerade betrachten, herrschen die ersten Maßnahmen vor, und das "bonomiana"

ist das mächtige Ergebnis (und Instrument) dieses Korruptionswerkes. Eine Analyse der "Cassa del Mezzogiorno" steht noch aus; doch ist es ziemlich sicher, daß die Zuwendungen der Cassa als ein wesentliches Mittel dazu gedient haben, einzigartige (und wirksame) Abhängigkeitsstrukturen aufzubauen, die den Mezzogiorno beherrscht haben und durch die jede sich im Ansatz bildende Klassenformation gespalten wurde: von den Politikern des Centro bis zu den "Notabeln" und lokalen "Baronen", den Bürokraten der Territorialverbände und den einzelnen staatlichen Verwaltungsbüros, den Nutznießern öffentlicher Gelder (große Unternehmer bei staatlichen Arbeiten, große Bauunternehmer, "subventionierte" Unternehmen . . .) und so weiter und so weiter, durch Mafia-Kanäle bis zu den letzten Henkersknechten und zu den durch die Schimäre des "Postens" verführten und betrogenen Massen. Angesichts der abnehmenden ökonomischen und politischen Bedeutung der Landwirtschaft und der wachsenden Bedeutung dieser ungesunden politisch-ökonomischen Verflechtung kann man mit Recht davon sprechen, daß der alte "Block" von Industriellen im Norden und Großagrariern im Süden durch einen neuen "Block" ersetzt worden ist, der im Norden von denselben Machtgruppen gebildet wird, im Süden aber durch die lokalpolitischen "Barone" und die größten Nutznießer öffentlicher Gelder hegemonisiert wird. In geographisch-ökonomischen Gebieten, die durch den ablaufenden Entwicklungsprozeß an den Rand gedrängt worden waren, und in Sektoren, die nicht aus dem ungleichmäßigen Wachstumsprozeß der kapitalistischen Effizienz Vorteile zogen, wiederholte sich die gleiche Geschichte: Weiterbestehen von gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, die einen "unmittelbaren" Klassengegensatz verhinderten: Transferierungen des Reichtums durch die Regierung, um ein Klientelsystem aufzubauen; später noch die Emigration, wodurch die besten Energien verloren gingen und die gesellschaftlichen Spannungen entfernt wurden, die entstanden wären, wenn die jungen Arbeiter an Ort und Stelle geblieben wären.

Bis hierhin sind es alles allgemeine Bemerkungen und sie treffen gewiß nicht auf Widerspruch. Darüber hinauszugehen ist jedoch ziemlich schwierig. Der vollkommene Mangel an Analysen der wichtigen Probleme wirft ein bezeichnendes Licht auf das Elend der Gesellschaftswissenschaften in unserem Land: und für eine politische Diagnose *heute* ist es ungeheuer wichtig, eine genaue Analyse der Herausbildung und Veränderung des "herrschenden Blocks" zu machen, der hauptsächlich in der Democrazia Cristiana repräsentiert wird. Die Politik der Democrazia Cristiana heute, die dadurch charakterisiert wird, daß mühselig reformistische Momente auftauchen, die sofort von plötzlichen reaktionären Rückzügen kontrastiert werden, ist in der komplexen Interessenstruktur begründet, die die DC vor allem in dieser Phase benutzt oder geschaffen hat, um ihre politische Vormachtstellung zu erhalten. Die "Mangelhaftigkeit" unseres politischen Systems, das nicht durch das "gereinigte" Spiel zwischen einer konsequent reformistischen Partei und einer anderen größtenteils konservativen Partei charakterisiert wird, beruht ganz und gar nicht auf den ideologischen Beziehungen zwischen den beiden größten italienischen Parteien, sondern liegt an dem besonderen Gemisch von Entwick-

lung und Unterentwicklung, das sich in diesen Jahren durchgesetzt hat: wenn man nicht davon ausgeht, begreift man nichts von den politischen Verhältnissen Italiens.

Wir haben vorher erwähnt, daß die Phase der "repressiven Entwicklung" weder ökonomisch noch politisch unüberwindliche Widersprüche brachte. Die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und die Arbeitslosigkeit im Norden ermöglichten ein kontinuierliches industrielles Wachstum, wobei die Preise für die Exportwaren stabil blieben oder sogar noch fielen. Andererseits waren die Produktivitätsgewinne in der Industrie so beträchtlich, daß ein breiter Spielraum für Transferierungen vorhanden war, um von der Entwicklung benachteiligte Schichten und Gebiete politisch zu "stabilisieren". Die "Ineffizienz" der nicht-industriellen Sektoren und die außerordentliche sektorielle und geographische Konzentration der Entwicklung hinderten nicht nur diesen Wachstumsprozeß nicht, sondern waren auch Instrumente für die politische Festigung des herrschenden Blocks, der diesen Prozeß dirigierte.

Die Lage änderte sich radikal, als man sich der "Vollbeschäftigung" näherte, weil das relative Gleichgewicht der ökonomisch-politischen Entwicklung Italiens in dieser Phase auf der Möglichkeit beruhte, die Arbeiterbewegung politisch und ökonomisch zu unterdrücken; und unter den Bedingungen der "Vollbeschäftigung" ist das nicht mehr möglich. Über den Begriff der "Vollbeschäftigung" muß man sich natürlich verständigen, da wir niemals ein Beschäftigungsniveau erreicht haben, das mit dem anderer europäischer Industrieländer vergleichbar wäre: der ungleichmäßige Entwicklungsprozeß bei uns verzeichnete in Randzonen, in zurückgebliebenen Sektoren, aber auch in der Industrie immer noch eine große Anzahl Arbeitskräfte, die in anderen Ländern mit hohem Produktivitätsniveau beschäftigt waren. Mit dem Begriff "Vollbeschäftigung" (in Anführungszeichen) ist das Niveau und die Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften gemeint, die bei der herrschenden Berufsstruktur hinsichtlich Lebensalter und Geschlecht der Bevölkerung (und daher der des potenziellen Arbeitsangebots), die für unsere Entwicklung charakteristisch ist, Spannungen auf dem Arbeitsmarkt erzeugt. Diese Situation bahnte sich zu Beginn der sechziger Jahre an: der große Investitionsboom der Jahre 59-63, die stürmische Beteiligung von Sektoren und Unternehmen am Entwicklungsprozeß, die auf den inneren Markt orientiert sind, das Sinken der durchschnittlichen Kapitalintensität der Investitionen und der Produktivität, die diese Phasen charakterisiert, reduzierte beträchtlich die offene industrielle Arbeitslosigkeit in der Stadt, worauf das vorangegangene ökonomisch-politische Gleichgewicht gegründet war. Und das alles verringerte die Möglichkeit, mit der repressiven Entwicklung fortzufahren.

2.2 Die frühe Reife

Auch bei einer begrenzten ökonomischen Analyse treten die starken Unterschiede zwischen der Periode 1963-71 und der vorangegangenen sofort hervor: die Preise stiegen insgesamt beträchtlich an, der Anteil der Investitionen am Einkommen reduzierte sich stark, die Mächtigen in der Wirtschaft waren zu den Maßnahmen des "stop and go" (zunächst Restriktion der wirtschaftlichen Aktivität und dann die wenig erfolgreichen Versuche, die Wirtschaft wieder anzukurbeln) gezwungen, zu denen sie vorher nie hatten greifen müssen. Wir sind offenbar in jene Situation der Vollaussnutzung der Ressourcen eingetreten, in der alle kapitalistischen Wirtschaftssysteme in Europa sich in der Nachkriegszeit befanden. Der Unterschied besteht nur darin, daß wir verfrüht diesen Punkt erreicht haben, mit einer nicht ausreichenden industriellen Grundlage, die territorial schlecht verteilt war, mit großen Arbeitskraftreserven die in Sektoren mit niedriger Produktivität beschäftigt sind. Will man ein Gesamturteil treffen, dann kann es nur folgendermaßen lauten: unserem Kapitalismus ist es nicht gelungen, in "angemessener" Weise die Probleme zu lösen, die sich mit der Vollbeschäftigung stellten; es ist ihm nicht gelungen, ein neues politisch-ökonomisches Gleichgewicht – das sich von dem repressiven unterscheidet – zu schaffen, das – wie dieses – eine gesteigerte Entwicklung der Akkumulation ermöglicht. Die Chronik der Wirtschaftspolitik dieses vergangenen Jahrzehnts ist einigermaßen bekannt, und wir erwähnen nur die wichtigsten Punkte.

Der intensiven Akkumulation der Periode 59-63 folgt eine bemerkenswerte Abnahme der industriellen Reservearmee und ein starkes Ansteigen der Löhne. Die sozial-kommunistische Gewerkschaft ist durch die Unterdrückung in den fünfziger Jahren stark angeschlagen, und die Lage ist wahrscheinlich noch verschärft durch eine falsche politische Strategie, wie die Gewerkschaft auch weitgehend in der Debatte der Selbstkritik seit 1956 erkennt. Die besten Kader sind aus den Fabriken entlassen oder in bedeutungslosen Abteilungen eingeschlossen und abgeschoben. CISL und UIL, von den Betriebsgewerkschaften ganz zu schweigen, spielen in dieser Zeit offen das Spiel der Kapitalisten und tragen entscheidend dazu bei, die Arbeiterklasse in ihrer Einheit zu spalten. Die Lage ändert sich jedoch seit 1960. Die Annäherung an die "Vollbeschäftigung" stumpft die stärkste Waffe in den Händen der Kapitalisten allmählich ab, die Erpressung mit dem Arbeitsplatz. Und dann kann man verfolgen, wie die "neue Arbeiterklasse" – auch wenn sie mit dem Segen des Priesters in die Fabrik eingetreten ist – auf die neue Machtsituation so reagiert wie sie muß. Die Politik der Unternehmer ist nicht mehr so einheitlich: im Gegenteil, so werden in dieser Periode aus Konkurrenzgründen die Löhne in einzelnen Betrieben erhöht, um bestimmte knappe Arbeitskräfte an den Betrieb zu binden. Im Zusammenhang mit dem Sinken der Wachstumsrate der Produktivität stiegen das erste Mal die Kosten für die Arbeits-

kräfte empfindlich an. Zeitweise reagierten die Unternehmer mit Preissteigerung; teilweise mußten sie eine (momentane) Reduktion der Profitspannen hinnehmen: die internationale Konkurrenz hinderte sie in der Tat daran, die gesamte Kostensteigerung auf die Verbraucher abzuwälzen. Neben der "Kosteninflation" entwickelte sich in unserer Wirtschaft eine intensive Nachfrageinflation, die sich aus der bestehenden strukturellen Ungleichmäßigkeit ableitete: die Landwirtschaftspreise, Preise für Wohnungen, die die Grundrente ausmachen, und viele andere Preise, die sich besonders auf die Lebenshaltungskosten auswirkten, stiegen in dieser Periode auch wegen der mangelnden Elastizität des Angebots. Neben der Inflation bewirkten der Investitionsboom und das gehobene Niveau der inneren Nachfrage eine starke Verschlechterung der Handelsbilanz (die Importe stiegen, die Exporte verlangsamten sich). Im Fall Italiens war die Situation noch dadurch verschärft, daß Kapitalien aus Gründen der Spekulation oder auch aus politischen Gründen ins Ausland gebracht wurden (inzwischen hatte sich das Centro Sinistra konstituiert und die Produktion der Elektroenergie war nationalisiert worden).

Es ist bekannt, wie die Geld- und Kreditbehörden angesichts dieser Situation reagierten. Die Krediteinschränkungen vom Herbst 63 hatten einen bemerkenswerten "Erfolg". Die Beschleunigung der Investitionen (und dann des Konsums, trotz der Einkommensumverteilung zugunsten der Arbeiter) verlangsamten sich 64 und sanken noch in den folgenden Jahren. Die Arbeitslosigkeit stieg wieder (und erreichte ihren Höchststand im Winter 1965/66). Aber die Inflation ist "gezähmt", und die Handelsbilanz stabilisierte sich wieder mit außerordentlicher Geschwindigkeit: Italien wurde seitens der OECD als Beispiel einer vorbildlichen Wirtschaftspolitik bezeichnet.

Über die Maßnahmen der Geldpolitik im Jahre 1963 gab es in den folgenden Jahren eine Auseinandersetzung. Carli (italienischer Notenbankpräsident, Anmerk. des Übers.) versuchte auch zu verbergen, daß er restriktive Maßnahmen getroffen hatte, und das war sehr schwierig zu verbergen. Seine grundsätzliche Verteidigung war dennoch, daß man, so wie die Dinge standen, nicht anders handeln konnte. Wenn der inflationistische Prozeß weiterhin aufrecht erhalten worden wäre, wäre nur die Situation der Zahlungsbilanz unhaltbar gemacht und auch nicht der Akkumulationsaufschwung in Gang gehalten worden: das veränderte politische Klima, Knappheit und Kosten der Arbeit, die Schwierigkeit mit der internationalen Konkurrenz Schritt zu halten, die Tatsache, daß außerordentlich günstige Projekte langsam an eine Grenze gerieten, all das hätte keinen Zweifel über die Antwort der Kapitalisten gelassen: die Investitionen hätten noch mehr abgenommen und die Konkurrenzstellung Italiens wäre noch stärker angeschlagen worden. Das Risiko und die Schwierigkeit einer beständigen Entwertung konnte man nur dann eingehen, wenn man der Meinung war, daß der Aufschwung der Akkumulation andauern und man unverzüglich genügend Ressourcen "freimachen" könnte, um gleichzeitig den starken Anstieg des Konsums und die "Aufrechterhaltung" der

Investitionen ohne eine unerträgliche Inflation zu ermöglichen. Offensichtlich war man nicht der Ansicht, daß die Entwicklung so ablaufen würde, und es gibt gute Gründe, um dieses Urteil zu rechtfertigen. Es konnten keine entscheidenden Argumente dagegen vorgebracht werden.

Einerseits beschränkte man sich darauf, Carli vorzuwerfen, er habe vor dem Herbst 63 mit zu großer Leichtigkeit gehandelt: wenn die Zügel der Börse bedächtiger gezogen worden wären und zwar von Beginn des Booms an, dann wäre es vielleicht möglich gewesen, ihn unter Kontrolle zu halten und 1963 nicht in die tatsächlich eingetretenen ungünstigen Bedingungen hineinzugeraten (und richtig erinnerte man sich an die inflationistische Bedeutung der großen Gehaltserhöhungen die den Staatsbediensteten zugestanden worden waren). Andererseits stellte man die strukturellen Komponenten der augenblicklichen Schwierigkeiten heraus: die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt trotz der großen in entfernten Regionen oder in Sektoren mit niedriger Produktivität "eingefrorenen" Reserven; die Unfähigkeit vieler Sektoren, die für den inneren Markt produzierten, schnell und wirksam auf Steigerungen der Nachfrage zu reagieren, woraus dann die Notwendigkeit zu Importen resultierte (am auffälligsten hat sich das in unserer Viehzucht gezeigt). Beide Einwände waren vernünftig, aber nicht entscheidend. Die Verfechter des ersten Einwands mußten beweisen können, daß mit einer richtigen Führung kurzfristiger Politik (Geld- und Finanzpolitik) Stabilität der Preise, Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz und Fortführung des Aufschwungs der Akkumulation unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung erreicht worden wäre. Das hieße, daß man einerseits den Aufschwung derartig hätte leiten, aufrechterhalten und kanalisieren müssen, daß nach und nach das große eingefrorene Arbeitskrätereservoir "aufgetaut" worden wäre und daß sich auf dem Arbeitsmarkt nicht Bedingungen eingestellt hätten, die eine starke Inflation "in den Kosten" mit sich gebracht hätten; auf der anderen Seite hätte man die Gesamtnachfrage derartig kontrollieren und lenken müssen, daß eine größere Inflation "in der Nachfrage" verhindert worden wäre. Die Rolle und das Gewicht, die in dieser Konzeption der kurzfristigen Politik zugetraut wurden, sind übertrieben: wahrscheinlich hätte man den Boom nur dämpfen und ihn so ein wenig in die Länge ziehen können. Aber es war ziemlich schwierig, die "Vollbeschäftigung", die Arbeiterkämpfe und die gestiegenen Arbeitskosten zu verhindern; dann war es auch unmöglich die strukturelle Ungleichmäßigkeit schnell in Angriff zu nehmen. Und wenn man einmal das Gewicht, das die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung hatte und bis jetzt hat, erkannt hat, sind wir jenseits einer kurzfristigen Wirtschaftspolitik. Dann können die Finanzmächte mit einiger Begründung die Panik rechtfertigen, sobald die Preise zu steigen und die Zahlungsbilanzen sich zu verschlechtern beginnen.

Aber Achtung. Die kurzfristige Wirtschaftspolitik in Italien ist systematisch deflationistisch, und die getroffenen Maßnahmen sind fast immer zeitlich ungenau abgestimmt und fast immer außerordentlich restriktiv: in der Hinsicht haben die

Kritiker Carlis und Colombos völlig recht. Aber ich bezweifle stark, daß es einer fähigeren kurzfristigen Politik, die von weniger von der Inflation besessenen Leuten durchgeführt worden wäre, gelungen wäre, in der Situation der sechziger Jahre einen gesteigerten Akkumulationsprozeß in Gang zu halten. Ich habe deshalb diese technische Abschweifung gemacht, weil einige Linke das Vorurteil gemeinsam haben, die Möglichkeit der Finanzpolitiker zu übertreiben und in ihren Maßnahmen den wesentlichen Grund für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Jahrzehnts zu sehen. Das führt dazu, daß man die hauptsächlichen Widersprüche, die seit 1963 offenbar geworden sind, nicht mehr begreift: Einerseits die Arbeiterklasse, die sich wieder als starke antagonistische Kraft – zumindest auf ökonomischem Gebiet – gegen den kapitalistischen Akkumulationsplan konstituiert hat, andererseits die Art der wirtschaftlichen Entwicklung, die im vorangegangenen Jahrzehnt stattgefunden hatte, und die politischen, ökonomischen und sozialen Widersprüche, die dadurch geschaffen wurden. Insgesamt handelt es sich um Widersprüche, die zu ihrer Überwindung ganz andere Maßnahmen als eine scharfsinnige kurzfristige Wirtschaftspolitik erfordern.

Aus der Perspektive des Kapitals können die vier Jahre von 1964-1967 als die Periode der “verpaßten Gelegenheiten” bezeichnet werden. Nachdem im Verlauf der Depression 1963/64 die stärker gewordene ökonomische Macht der Arbeiterklasse einen Rückschlag erfahren hatte (es gäbe viel über die unangemessene Antwort der Arbeiterbewegung zu diskutieren), schien die politische Macht jede Fähigkeit verloren zu haben, die wirtschaftliche Entwicklung noch zu lenken. Die einzige erwähnenswerte Maßnahme des Centro Sinistra war die schon angesprochene Nationalisierung der Elektroenergie. Dem Montedison-Konzern wird es nicht gelingen, die staatlichen Entschädigungen mit Erfolg anzuwenden, und er wird nach einiger Zeit so weit sein, sich als private Gruppe aufzulösen. Aber diese Maßnahme, auf die die Reformkräfte des Centro Sinistra insgesamt ihre geringen Energien konzentrierten, war nur die Fortführung eines schon in dem Jahrzehnt der “repressiven”-Entwicklung entworfenen Plans. Neue Maßnahmen, die man vom Centro Sinistra (sozusagen als eine Art kapitalistischer Reformismus) hätte erwarten können, z.B. ein entschlossenes Angreifen der strukturellen Widersprüche unserer Entwicklung insbesondere außerhalb der Industrie und dazu die – ökonomische und politische – Vorbereitung eines neuen Aufschwungs der Akkumulation, fehlten fast ganz.

Vor allem fehlte es an Maßnahmen zur Wiederbelebung der Akkumulation: die von der Regierung getroffenen Ankurbelungsmaßnahmen waren so gering und der Verzicht, sich der staatlichen Industrie zu bedienen, so offensichtlich (die Entwicklung der staatlichen Investitionen während des Zyklus gleicht der der privaten Investitionen), daß die Vermutung entstehen konnte, als handele es sich dabei um eine willentlich herbeigeführte Stockung.

Dann fehlte ein organischer Plan, die Arbeitskraftreserven in Sektoren mit niedriger Produktivität "aufzutauen" und für sie einen Platz in Sektoren mit höherer Produktivität, und zwar am besten in ihren Herkunftsgebieten zu finden, wo man ihnen die angemessenen Dienstleistungen auch hätte anbieten müssen (Wohnungen, Transporte, Gesundheitswesen, Ausbildungsstätten . . .). Auf dem Papier gab es einen solchen Plan, als pathetische Frucht des Centro Sinistra, aber es lohnt nicht die Mühe, ihn zu erwähnen. *Tatsächlich* wurden ziemlich widersprüchliche "Rationalisierungsmaßnahmen" getroffen, indem man einer vom Centro Sinistra kaum beeinflussten Logik folgte; diese Maßnahmen verdrängten die Arbeitskräfte beschleunigt aus den Landgebieten oder aus unwichtigen Sektoren und Randzonen, ohne daß allerdings angemessene Arbeitsplätze geschaffen worden wären, weder an Ort und Stelle, noch im übrigen Land. Der zweite "grüne Plan" ist im Unterschied zum ersten auf gleicher Linie mit der Tendenz, die ihren vollen Ausdruck im "Mansholt-Plan" findet. Die "Cassa des Mezzogiorno" (Entwicklungsbank für Süditalien, Anmerk. des Übers.) beschränkt ihre Maßnahmen auf "entwicklungsträchtige" Landgebiete. Nachdem die Cassa das Scheitern ihrer Zielvorstellungen (der "offiziellen" natürlich: das Scheitern der Industrialisierung des Mezzogiorno) durch allgemeine und indirekte Mittel (Beiträge an die Landwirtschaft, Errichtung einer Infrastruktur. . .) konstatiert hat, geht sie dazu über, industrielle Unternehmungen im Einverständnis mit verschiedenen staatlichen Instanzen (dem Industrieministerium, dem Ministerium für öffentliche Arbeiten etc.) zu fördern. Die Mittel sind gering und schlecht verteilt. Die "Konjunktur" zerstört noch dazu die schwachen Strukturen der süditalienischen Industrie: die industrielle Beschäftigung steigt nicht, sondern nimmt stark ab, und die Landflucht wird noch beschleunigt. Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Emigration sind die Konsequenzen. Und um diese verstärkte soziale und ökonomische Krise mit denselben Methoden des Klientensystems und der Korruption zu managen, stellt das Centro Sinistra den alten "schwarzen Baronen" neue "rote Barone" an die Seite; die Leute Mancinis sind dafür gewiß das bekannteste Beispiel. (In der "städtischen Bodenreform" eingesetzte Leute, zum größten Teil Mitglieder der PSI, Anmerk. des Übers.)

In der Zwischenzeit versuchte das private und staatliche Kapital im Norden die Situation zu seinen Gunsten zu verändern. Es sind die Jahre der berühmten "Rationalisierungen" ohne Investitionen, der "Auspressung" von Arbeit, der mörderischen Arbeitsrhythmen. Die Produktivität stieg in der Industrie auf eine extrem hohe Rate. Da die Lohnsteigerungen stark reduziert waren (praktisch funktionierte nur noch die gleitende Lohnskala), stiegen die Profite und die Einkommensverteilung verschlechterte sich (auch wenn die Kapitalisten nicht die "märchenhaften" Profitmargen der Jahre von 59-61 erreichten). Das private Sparen nahm in beachtenswertem Ausmaß zu, aber es wurde erst gegen Ende der Periode zur Finanzierung starker Kapitalabflüsse ins Ausland verwandt: eine absurde Situation, zugleich Exporteur von Arbeit und Kapital zu sein! In diesen Jahren nimmt auch die Konzentration des nationalen Kapitals zu, und die "Internationalisie-

rung" des Kapitals findet einen heftigen Anstoß. Am deutlichsten wird dies in der darauffolgenden Periode (Liquidation des Montedison-Konzerns als privater Gruppe, Fusion von Fiat-Citroen und Pirelli-Dunlop, oder das Eindringen des Auslandskapitals in den Sektor der Elektro-Haushaltsgeräte. . .). Aber die Voraussetzungen dafür entwickeln sich weitgehend in dieser Periode aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler Unternehmen während der "Rezession" und aus dem Bemühen anderer Unternehmen, ausländische Märkte nicht durch den Export von in Italien produzierten Waren, sondern auch – und das wurde in den folgenden Jahren immer häufiger – durch "Kapitalexport" zu erobern.

Es schien also, als habe man wieder eine Situation des "repressiven Gleichgewichts". Aber das Gleichgewicht war nicht da. Alles regelte sich über die Depression der inneren Nachfrage und nichts war vorbereitet für den Moment, in dem die wirtschaftliche Aktivität wieder nach oben ging. Darüber hinaus wuchs die soziale Spannung jenseits der Kontrollmöglichkeiten in den Fabriken und den Randzonen des Landes aus den schon erwähnten Gründen. Sie wuchs aber auch in anderen Bereichen des Landes und in anderen Schichten: Die Studentenrevolte traf alle unvorbereitet.

In den Jahren 1966/67 beginnt ein neuer Wirtschaftsaufschwung. Die Investitionen in wirklich zählende Anlagen und Maschinen stiegen allerdings nur wenig an. Im allgemeinen war der Anstieg der Investitionen insgesamt (einschließlich der Bauten, die durch das absurde "Brückengesetz" veranlaßt wurden) ziemlich bescheiden: der Anteil der Investitionen am Einkommen wie in den Jahren 59-63 wurde nicht einmal in Ansätzen erreicht. Die innere Nachfrage stieg ein bißchen stärker und mit ihr die Beschäftigung. Aber es war alles wenig bemerkenswert und veränderte die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung im Land kaum. In der Zwischenzeit nahm der Anteil der beschäftigten und arbeitslosen Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung kontinuierlich ab: in Italien war das wahrhaftig nicht die zunehmende Neigung zur Faulheit, sondern die Unfähigkeit des Wirtschaftsystems, allen denen Arbeit anzubieten, die arbeiten wollten.

Die schüchternen Anzeichen eines Aufschwungs genügten jedoch, um die größte Woge von Arbeitskämpfen in der Geschichte Italiens auszulösen. Eine erschöpfende Erklärung der Ereignisse von 1968 bis 71 ist nur schwierig zu geben. Es wäre völlig verfehlt, an die Arbeiterkämpfe dieser Jahre das alte ökonomische Schema anzulegen, nach dem größere Arbeitslosigkeit mit wenig Kämpfen und nur geringen Lohnerhöhungen verbunden ist und umgekehrt Vollbeschäftigung mit Lohnerhöhungen und Zunahme der Kämpfe. Es war eine viel tiefere soziale Krise, die nur als Ausdruck einer allgemeinen Erschütterung des Vertrauens in die Institutionen zu begreifen ist. Für den Arbeiter zählte die Wiederaufnahme der Arbeit (für jene kleine Fraktion der Arbeitsbevölkerung, die in der Industrie "zu beschäftigen" war: junge Männer, in Norditalien wohnhaft) als Abschwächung der Erpressungsmöglichkeiten seitens der über den Arbeitsplatz verfügenden Unter-

nehmer. Aber es zählten auch die schlechter werdenden Lebensbedingungen der Arbeiter, innerhalb und außerhalb der Fabrik. Innerhalb, wegen der verschlechterten Arbeitsbedingungen. Außerhalb, wegen der wachsenden Bedeutung der "toten Zeiten", wegen der unzureichenden Transportmöglichkeiten und der schlechten Dienstleistungen, wegen der verschlechterten Wohnungsverhältnisse, wegen der wachsenden Lebenshaltungskosten und der daher notwendigen Überstunden und Doppelarbeit. . . Die Wut darüber führte zur Explosion, die auch durch verbreitete soziale Agitationen ausgelöst wurde: so führte diese soziale Elend (und die Unrangigkeit der Institutionen vermittelnde Maßnahmen zu ergreifen) zunächst in der Studentenrevolte und später im Mezzogiorno zur Explosion, dort wo es zu Hause ist, in den 100 Tagen von Reggio. Daß die Revolte in Reggio von den Faschisten funktionalisiert wurde, hebt nicht die Tatsache auf, daß sie ihren Ursprung in demselben verzerrten kapitalistischen Entwicklungsprozeß hat, der in den Fabriken zu den Mitteln der "Auspressung" der Arbeit greifen mußte: um sich davon zu überzeugen, reicht es schon, die sehr gute Analyse von Pino Ferraris über die 100 Tage zu lesen ("Giovane Critica", Nr. 25). Leider erlauben es der Schematismus, die Kürze, die Beschränkung dieser Anmerkungen auf ökonomische Phänomene nicht, die sozialen Spannungen dieser Jahre und die offensichtliche Unfähigkeit der Institutionen des bürgerlichen Staats, ihnen zu begegnen, auch nur annähernd zu erklären. Ich belasse es bei der Überzeugung, daß in der kapitalistischen *Wirtschaftsentwicklung* im allgemeinen, und im besonderen in der widersprüchlichen italienischen Entwicklung der Ursprung dieser Spannungen zu suchen ist; aber eine Erklärung muß komplizierte soziale und kulturelle Vermittlungen berücksichtigen, die noch nicht genügend untersucht worden sind.

Die Chronik der Wirtschaft dieser letzten drei Jahre ist wohlbekannt. Die Betriebskämpfe entwickelten sich bereits 1968 und noch mehr 1969. Aber die Lohnerhöhungen waren noch ziemlich bescheiden. Die inflationistischen Einflüsse kommen vor allem aus dem Ausland, in der Form von höheren Preisen für Rohstoffe (die Kapitalisten nehmen die Gelegenheit wahr, ihre Profitraten hochzuschrauben) und später in der Form von höheren Geld- und Kreditzinsen (Italien richtet seine Zinssätze schließlich nach dem internationalen Standard). Der inflationistische Einfluß, der von den Löhnen herrührt, macht sich vor allem 1970 mit den neuen Tarifverträgen und den Betriebserneuerungen bemerkbar. Gegenüber 1963/64 gibt es allerdings einige Unterschiede. Die Kämpfe sind härter und Ende 69 bis Mitte 70 ist die Industrieproduktion dadurch behindert, wenn auch nicht so stark, wie man glauben machen wollte. Im Unterschied zu damals entsteht aus den Lohnerhöhungen jedoch keine starke Steigerung des Konsums, und die Investitionen nehmen sehr schnell ab, insbesondere in der Bauindustrie, und aus von der Konjunkturbewegung unabhängigen Gründen. Bereits Mitte 70 beginnt die Nachfrage wahrscheinlich nachzulassen. Gerade da interveniert die Regierung, indem sie durch Steuern von der Wirtschaft einige Hundert Milliarden Lire nimmt; sie begründet diese Entscheidung mit der Finanzmisere der Tarafisken

(staatliches Versicherungssystem, halböffentliche Anstalten usw., Anm. des Übersetzers), aber in Wirklichkeit geht es ihr um das wachsende Defizit in der Zahlungsbilanz. Die Analyse, die diesen Maßnahmen zugrunde liegt, vermutet die Existenz einer außerordentlichen Nachfrage gegenüber einem Angebot, das aufgrund der Arbeitskämpfe in der Industrie geringer war als es hätte sein können und in den nicht-industriellen Bereichen wie üblich sowieso gedrosselt war. Wenn Carli und Colombo in diesen Augusttagen 1970 nicht von Panik erfaßt wurden, mußten sie sich an die Krise in der Bauindustrie erinnern, an die Zufälligkeit der privaten Investitionsprogramme und an die bescheidenen Konsumsteigerungen der Arbeiter (mit zahlreichen verlorenen Arbeitsstunden und zahlreichen Schulden, die zurückzahlen waren). Das Jahr 71 war ein Jahr der Krise, die schlimmste, die die Wirtschaft Italiens seit der "Stabilisierung" Einaudis durchgemacht hatte; und 1972 verspricht nicht besser zu werden.

Innerhalb der parlamentarischen Linken und auch außerhalb des Parlaments neigt man oft dazu, die Rolle, die die Arbeiterkämpfe beim Ursprung der Krise gespielt haben, zu gering einzuschätzen. Das ist begreiflich, angesichts der riesigen Kampagne, die die Rechte in dieser Hinsicht angezettelt hat. Aber diese Haltung sollte man nicht auf eine Analyse übertragen; man läuft dann Gefahr, die wirklichen Widersprüche nicht mehr zu begreifen, denen sich der italienische Kapitalismus konfrontiert sieht. Man muß sehen, daß die Kämpfe der Arbeiterklasse in ihren Resultaten, was die Lohnhöhe und die Normen anbelangt, und daß, vor allem die Länge des Kampfes wahrscheinlich die entscheidenden Faktoren, wenn auch nicht die einzigen für die Entwicklung des Kapitalismus in Italien sind. Zweifellos trägt die Wirtschaftspolitik der Regierung einen Großteil der Verantwortung für die Verschärfung der Situation von 70 und sie hat nichts dazu beigetragen, sie 1971 zu verbessern. Trotz der ausgiebigen Geldschöpfung in den letzten 12 Monaten sind die Zinssätze, die die Unternehmer (besonders der Klein- und Mittelindustrie) zahlen müssen, noch gestiegen und die Anlage der umfangreichen Bankmittel ist durch mangelnde Gewinnaussichten und Anreize zur Neuanlage beschränkt. Es scheint, daß ein großes Defizit im Staatshaushalt eingeplant ist; die Interventionspläne für bestimmte Sektoren sind erst am Anfang oder es gibt sie noch gar nicht: ein Defizit im Staatshaushalt, das durch Gehaltserhöhungen der Angestellten entstanden ist, ist etwas anderes als dasselbe Defizit, das durch riesige Investitionen in der Bauindustrie oder in anderen neuralgischen Sektoren entstanden ist. Und so gibt es keinen Zweifel, daß die Kämpfe 1968-71 die Schwäche und mangelnde Elastizität in der Organisation der Arbeit und die Mittelmäßigkeit der Unternehmer breiter Industrie-sektoren Italiens gezeigt haben. Die Ansicht ist in der Tat vernünftig, daß es weniger Spannungen gegeben hätte, wenn die große Produktivitätssteigerung der Jahre 1964-68 mit anderen Mitteln erreicht worden wären, nämlich mehr durch Maschinen als durch Menschen; denn dann hätten die Kämpfe nicht die eingetretene Abnahme in der Produktivität verursachen können.

So bleibt der Schlag ziemlich stark, den die Arbeiter dem System, *so wie es ist*, versetzt haben. Dies gilt vor allem auch für den Schlag, der durch die zweite Tarifrunde in den Betrieben entstanden ist. Sehr wahrscheinlich waren die nationalen Verträge in der Hoffnung abgeschlossen worden, daß die Kämpfe aufhören würden und die Produktion schnell wieder reorganisiert werden könnte. Wahrscheinlich ist die verbreitete Gleichgültigkeit in der Kapitalistenklasse (die in den vorhergegangenen Jahren gewiß keine großen Beweise von Engagement gegeben haben) durch die Schwierigkeiten entstanden, nach den nationalen Tarifverträgen die Fabriken wieder unter ihre Kontrolle zu kriegen. Außerdem ist es möglich, daß die Schwierigkeiten im Produktionsbereich durch eine geringere Einkommensbildung dazu beigetragen haben, das Wachstum der Nachfrage zu verhindern und daher die Krise von 1971 vorzubereiten. Man kann diese Vermutungen noch nicht mit Zahlen und exakten Daten beweisen; daß aber die Kämpfe ein wesentlicher Teil der Krise sind, kann man kaum bezweifeln.

Warum beziehen sich die Gewerkschaften und die Parteien der parlamentarischen Linken so widersprüchlich auf die Explosion der Konflikte in diesen letzten drei Jahren und auf ihre Konsequenzen? Warum sagen sie nicht (und vor allem denken sie nicht) deutlich, daß sie das Kapital in Schwierigkeiten gestürzt haben? Meiner Meinung nach liegt es vor allem daran, daß diese Kämpfe – mit einer außerordentlichen Übereinstimmung unter den Massen und oft der Gewerkschaftsinitiative vorausgehend – außerhalb einer politisch einheitlichen Strategie der Arbeiterbewegung und in einem Augenblick der vollständigen Auflösung der politischen Formel Italiens (des Centro Sinistra), auf die sich die Parteien immer noch als einzigen Punkt bezogen, ausbrachen. Was das Centro Sinistra war und was man davon halten kann, stellen wir im Folgenden ausführlicher dar. 1968 war das Centro Sinistra jedenfalls nur eine leere parlamentarische Formel, und kein in sich geschlossenes reformistisches Bündnis, das die Aktionen wichtiger sozialer Kräfte wie der Gewerkschaften hätte disziplinieren können. Gewiß gab es in den Gewerkschaften wichtige Störungen, die ihren politischen Ausdruck im Centro Sinistra fanden; und die anderen bezogen sich mit einem “konstruktiven Dialog” auf das Centro Sinistra. Aber die Spitzen konnten die Organisation nicht im Rahmen eines Paktes (grob gesagt: Reformen anstatt Kontrolle der Lohnentwicklung) im Zaum halten, im Rahmen eines Paktes, der nie bestanden hat und in dem die Gegenseite zahlungsunfähig war.

Als sich eine relative Spannung auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar macht und die ersten Kämpfe losgehen, ist die Gewerkschaft politisch desorientiert. Für die Bewegung war es ein Glück, daß keine politischen genauen Anweisungen von der Spitze kamen und daß die Gewerkschaften von Anfang an in ihrer Aktion einer “organisatorischen Logik” folgte, die sich in erster Linie nach den Problemen der Basis richtete, mit dem Ziel, die an den Arbeitsplätzen strukturell schwache Organisation zu stärken und auszuweiten. Daher nahm sie allgemein eine Haltung ein, die

nicht allzu offen mit der Bewegung an der Basis im Widerspruch stand und es gelang ihr, die Bewegung zu einer organisatorischen Kraft der Gewerkschaft umzuwandeln, wo sie sich spontan äußerte, und sie in Sektoren und Gebiete auszuweiten, wo sie noch nicht so stark war. Und das war ein Glück, weil es auch der Gewerkschaft ermöglicht hat, eine Fülle von politischen Inhalten und Organisationsformen aufzunehmen, die das Bewußtsein der Massen ungeheuer vorangetrieben haben.

Es ist jedoch ganz offensichtlich, daß diese Logik sich nicht nach den Erfordernissen der "nationalen" Wirtschaftspolitik in dieser besonderen Periode richtete. In diesen Rahmen gehört auch die direkte Einflußnahme der Gewerkschaften auf Reformprobleme in der Periode, die auf den Abschluß der Tarifverträge folgte. Einige haben darin die Absicht gesehen, die Arbeiter von den Betriebskämpfen abzulenken. In Wirklichkeit war es ein entscheidendes Problem der Arbeiter und die Gewerkschaften haben es aus ganz anderen Gründen aufgegriffen. Derartig intensive Kämpfe, wie sie in den Jahren 68-71 stattgefunden haben, fordern nach einer politischen Mündung: an einem gewissen Punkt wird es unmöglich, sie weiter rein "gewerkschaftlich" zu führen. Als die Gewerkschaft die Initiative für die Reformen ergriff, forderte sie von dem politisch zersplitterten System, die einzige mittelfristige Strategie voranzutreiben, die im Rahmen der parlamentarischen politischen Kräfte durchsetzbar scheint. "Die Reformen" zu fordern und eine "verantwortliche" Haltung zu versprechen ist in dem Fall für den, der es zu verstehen vermag, dieselbe Sache.

Die folgenden Ereignisse sind bekannt. Mit der Widerrufung des Generalstreiks am 7. Juli 1970 "reichten" die Gewerkschaften den politischen Institutionen "die Hand" und ließen sich auf parlamentarische Verhandlungen ein. Von diesem Moment an nahm ihre Initiative in dem Kampf für die Reformen ab und ihre Abhängigkeit von den politischen Kräften der Arbeiterbewegung nahm zu. Im allgemeinen beschränkte sich die Gewerkschaft wieder auf jenen beschränkten Spielraum, den ihr das politische System zuweist, und aus dem sie unter dem Druck ihrer Basis in der vorangegangenen Periode herausgetreten war. Dadurch verzichtete sie darauf, die politische Komponente weiterzuentwickeln, die in den Kämpfen von 1969/70 eine so entscheidende Bedeutung hatte und von der die Wirksamkeit ihrer Aktionen zu einem großen Teil abhing.

3. Das Centro Sinistra

Zu Beginn der sechziger Jahre entstanden Interpretationen des italienischen Kapitalismus, die sich im Laufe dieser Jahre als völlig falsch erwiesen haben. Es gab die Vorstellung, daß es unserem Kapitalismus gelingen würde, von dem "repressiven" Akkumulationsmodell ohne große Schwierigkeiten zu einem neuen, sagen wir, "integrativen" Modell überzuwechseln; und im Centro Sinistra (CS) sah man die parlamentarische Formation, die auf politischer Ebene eine teilweise neue

Machtgruppe darstellte. Die Arbeiter, von einigen ihrer politischen Organisationen darin vertreten und durch andere Organisationen mit "konstruktiver Kritik" darauf bezogen, sollten so daran teilnehmen. Einige reaktionäre Interessen wären noch herausgeworfen worden. Und so hätte man einen bemerkenswerten politisch-sozialen "Tausch" abgeschlossen: Waffenstillstand an der Lohnfront, sozialer Frieden, Konsensus bei den Wahlen, gegen Reformen, die die Lebensbedingungen der Arbeiter entscheidend verbessern und die im vergangenen Jahrzehnt aufgehäuften offensichtlichsten Widersprüche beseitigen würden.

Die Interpretation war nicht unvernünftig. Aber sie maß dem italienischen Kapitalismus und seinen politischen Repräsentanten einen Weitblick bei, eine Fähigkeit, die neue Machtsituation der Arbeiter in ihren Implikationen zu begreifen, kurz, eine machtpolitische Fähigkeit, die ihnen völlig abging. Daß das "integrative Modell" abstrakt die langfristige Lösung für das italienische Großkapital darstellt, wie diese Interpretationen sagen, ist sicher wahr: diese Lösung hätte die italienische Bourgeoisie mit den nordatlantischen Großbourgeoisien verbunden, wo dieses Werk gelungen ist. Es scheinen keine anderen Möglichkeiten zu existieren, politische Demokratie mit Akkumulationsanreizen zu verbinden (und ein Kapitalismus, der etwas auf sich hält, muß beide Ziele verfolgen, solange sie miteinander vereinbar sind.).

Für einen intelligenten Kapitalisten mußten die ökonomischen und politischen Ereignisse der frühen siebziger Jahre auch im internationalen Rahmen wie eine Warnung klingen. Die sich entwickelnde Inflation zeigte deutlich, daß die flexibelsten Reserven an Arbeitskräften sich erschöpft hatten und daß die Quellen für eine weitere Expansion von nun an in einer unaufhörlichen "Rationalisierung" des gesamten Wirtschaftssystems gesucht werden müßten: bessere Ausnutzung des Gebiets und seiner Strukturen, um Unwirtschaftlichkeit und unproduktive Investitionen möglichst gering zu halten und die Arbeitskraft mit beschränkter Mobilität angemessen auszubeuten; Planung der Ausbildung in Hinsicht auf voraussehbare Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt; "Rationalisierung" der Sektoren mit niedriger Produktivität (staatliches Ausbildungswesen, Handel, Bauten, Landwirtschaft. . .), sei es um die daraus entstehenden Inflationsanstöße zu kontrollieren oder um Arbeitskraft für den industriellen Sektor zu "befreien". Der Großteil der Reformen, von denen man in diesen Jahren phantasiert hat, sind auch als bewußte Staatseingriffe zu interpretieren, um strukturelle Veränderungen herbeizuführen, die notwendig kommen müssen, damit die italienische Wirtschaft sich im nordatlantischen Zusammenhang weiterhin mit einer steigenden Wachstumsrate entwickelt und sich damit der Verteilung und "Produktivität" der Arbeit der fortgeschrittensten kapitalistischen Länder annähert. Die Jahre der "leichten Entwicklung" waren in jedem Fall vorüber.

Andererseits war das politische Gleichgewicht, das der beschleunigten Entwicklung in den fünfziger Jahren so erfolgreich gedient hatte, gerade wegen seines Erfolgs zerstört worden. Die Bedingungen der "Vollbeschäftigung" gaben den Lin-

ken eine wirtschaftliche und politische Macht, wie sie sie seit 1948 nicht mehr kannten. Ein Akkumulationsprozeß unter diesen Bedingungen mußte ernsthaft gestört werden. Für einen aufmerksamen Beobachter der politischen Szene Italiens konnte es so aussehen, als ob das Centro Sinistra eine geeignete politische Antwort unseres Kapitalismus auf die Herausforderung des neuen Jahrzehnts sei: zur Lösung ernster struktureller Probleme für den Akkumulationsprozeß wollte man *gerade* die Kräfte benutzen, die ihn paralysieren konnten. Wenn man sich einige der Reformprojekte dieser Periode, die Haltungen und Absichten mancher politischer Strömungen des CS anschaute, war dieser Schluß gar nicht so abwegig. Es drängte sich in der Tat die Vorstellung auf, daß der italienische Kapitalismus die Gelegenheit zu einigen richtigen und notwendigen Eingriffen in das Entwicklungsmodell ergreifen würde, um die politische (und ökonomische: Lohnruhe) Zustimmung der Arbeiterbewegung zu kaufen.

Nicht alle diskutierten Reformen kann man in der von uns vorgeschlagenen Weise interpretieren; und auch die angesprochenen können verschieden interpretiert werden. In anderen Worten: die Notwendigkeit der Entwicklung des Kapitals – im rein ökonomischen Sinn verstanden – stellt nicht die einzige Variable dar. Die andere Variable ist in den politisch-sozialen Verhältnissen zu suchen, in denen sich die kapitalistische Entwicklung vollzieht. Die Klärung dieses Gesichtspunktes verhindert ein vorschnelles Urteil. Wenn die Fortführung einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung notwendig strukturelle Reformen erheischt, ist es ganz und gar nicht gesagt, daß sie durch zwingende Staatseingriffe auch durchgeführt werden; und auch nicht, daß diese geforderten Eingriffe genau jene sind, von denen man im CS phantasiert hat. Außerdem könnte es den Kräften auf dem Markt gelingen, die notwendigen Strukturreformen aus sich selbst heraus hervorzubringen und so ist es in einem gewissen Maß bis heute geschehen und der Staat hat, oft erst nach Ablauf des Spiels, eingegriffen. Und dann sind die für den kapitalistischen Wirtschaftsprozeß unentbehrlichen “Reformen” nicht notwendig an ein “demokratisches” Gleichgewicht und an den Vormarsch der Repräsentanten der Arbeiterbewegung im Innern des Systems gebunden. Einige große bürgerliche Reformer waren mehr oder minder einsichtsvolle Autokraten: man braucht nur an De Gaulle zu denken. In Italien zu Beginn der sechziger Jahre schien sich das Problem jedoch in einem demokratischen Zusammenhang zu stellen und die diskutierten Reformen sollten nicht nur die Bedürfnisse des Kapitals befriedigen, sondern waren auch auf die Interessen der Arbeiter zugeschnitten: mehr Arbeitsplätze, Erhöhung des Reallohns, mehr Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, Transportmöglichkeiten etc. Vor allem mehr staatliche Macht: eines Staates, an dem die Repräsentanten der Arbeiter teilnahmen. Manche sahen darin geradezu das Instrument einer schnellen “quasi” revolutionären Beschleunigung.

Andere politische Formeln, die den Zusammenhang von Akkumulation, Vollbeschäftigung und politischer Demokratie garantieren konnten, schien es in der Zeit nicht zu geben. Darüber hinaus befand man sich an der Schwelle eines gros-

sen Augenblicks für die europäische Sozialdemokratie und man gab den wirren politischen Bewegungen der Epoche eine rationale Begründung, indem man das CS als deren Vorreiter interpretierte.

Heute ist es klar, daß das CS niemals, auch nicht in seinen Anfangszeiten, diesem Anspruch gerecht geworden ist. Das gegenwärtige Gerede vom Scheitern des CS (worunter man das Scheitern des "demokratischen" Reformismus versteht) ist wenig sinnvoll. Als Instrument zur Verwirrung und Korruption der Arbeiterbewegung ist das CS ein großer Erfolg gewesen.

Eine politische Chronik der Jahre, in denen sich das CS formierte, hat kürzlich Guiseppe Tamburrano (Feltrinelli 71) gegeben. Aber die entscheidenden Probleme sind noch offen; um zu begreifen, welche das sind, ist es sehr nützlich, sich an das Schema des "rationalen" Verhaltens des italienischen Kapitalismus (und an das "typische Verhalten" der Sozialdemokratie) zu erinnern, das für eine wirksame Interpretation vollkommen sinnlos ist. Dieses Schema stellt vielmehr die wesentlichen Aspekte der wirtschaftlichen und politischen Krise dieser Periode zusammen und hilft – sozusagen als Kontrastbild – die spezifischen Antworten zu begreifen, die auf die Krise wirklich gegeben wurden.

Der interne politische Prozeß, der zur Konstituierung des CS (zumindest von "Pralognan") geführt hat, das Ende des Kalten Krieges auf internationaler Ebene, der ihn gestattet hat (Camp David), die objektive Veränderung der Machtbedingungen der Arbeiterbewegung, die dafür den strukturellen Hintergrund abgab, – all diese Momente erscheinen uns heute noch als relativ autonom. Aber von einem bestimmten Zeitpunkt an sind sie nicht mehr klar voneinander zu unterscheiden und nicht mehr unabhängig voneinander. Um die politische Entwicklung und die heute entstandene Situation zu begreifen, muß man die Beziehungen zwischen diesen drei Momenten klären, und dazu den Bewußtseinsgrad, der im politischen Prozeß erreicht wurde, die große Funktion, die er hätte haben können (Integration der Arbeiterbewegung in ein neues politisches Gleichgewicht) und die Dringlichkeit dieser Aufgabe für die Fortführung der Akkumulation begreifen. Offensichtlich scheinen sich die relevanten Kräfte des italienischen Kapitalismus nicht recht klar über die Veränderungen, die mit der "Vollbeschäftigung" eingetreten waren, gewesen zu sein: zu Beginn der sechziger Jahre wäre eine derartig einleuchtende Erklärung über die Aufgaben einer Reformregierung, wie sie Gianni Agnelli im Herbst vergangenen Jahres im "Espresso" gegeben hat, einzigartig gewesen. Die herrschenden Kräfte bewegten sich jedenfalls nicht in dieser Perspektive; und wenn es sie gegeben hätte, dann wäre der Widerstand der Reaktionäre im Machtblock sicher viel größer gewesen. Worauf gründet sich also der politische Prozeß, der zum CS führte? Wahrscheinlich, auch die kürzliche Untersuchung von Tamburrano läßt viele Fragen offen, waren die verschiedenen Faktoren, die zu diesem Prozeß beitrugen, völlig disparat, und die Lösung der anstehenden strukturellen Probleme spielte dabei (jedenfalls in

bewußter Antizipation) keine bedeutende Rolle. Es ist auch nicht auszuschließen, daß das CS ein letzter Vorstoß des kalten Krieges war, denn schließlich ging es unter anderm darum, den sozialistisch-kommunistischen Block zu spalten.

Auch der Großteil der Arbeiterbewegung war auf die Bildung des CS "unvorbereitet", wenn wir unter dem CS einen "integrativen" Reformplan verstehen. Die harte Unterdrückung in der vorangegangenen Periode, ihre politische Repräsentanz und ihre historischen Traditionen ließen sicherlich einen kohärenten reformistischen Block nicht zu. Die Gewerkschaftsbewegung insbesondere wollte weder, noch – und dies vor allem – konnte sie sich die Last einer Kontrolle der Lohn- und Konfliktbewegung aufhalsen. Sie war mitten in einer schweren organisatorischen Krise, die von der vorangegangenen Unterdrückung hervorgerufen worden war, aber vor allem auch von einer falschen Einschätzung der in dem Jahrzehnt eingetretenen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen: Ihre Machtstellung in den Betrieben war äußerst gering und die Kämpfe von 1960-1964 trafen sie völlig unvorbereitet. Eine Kontrolle über die Spontaneität der Arbeiter war ohne adäquate organisatorische Instrumente und ohne "Vollmachten", die von den Avantgarden nach oben kamen, undenkbar. Und daher mußte die Gewerkschaft die neue Situation ausnutzen, um allmählich in die Fabriken "wiedereinzudringen", um die neuen in den Kämpfen entstandenen Avantgarden an sich zu ziehen. Das war die Hauptaufgabe: Jede Kontrollvorstellung war faktisch unmöglich – und obendrein subjektiv verfrüht (siehe die sich damals entwickelnde Diskussion über die Einkommenspolitik). Sie war mit der Logik der organisatorischen Stärkung unvereinbar.

Dazu kam, daß die politischen Parteien der Arbeiterbewegung – insbesondere die kommunistische Partei – keine in sich kohärenten reformistischen Parteien waren. Sicher auch als alten und neuen Traditionen; wegen der Unterdrückung in dem vorangegangenen Jahrzehnt; wegen der internationalen Verhältnisse; und daher war es damals nicht schwierig, in diesen Parteien subjektiv revolutionäre Kader zu finden. Aber vor allem waren sie nicht in sich kohärent, weil auch in diesen Parteien, wenn auch in viel geringerem Maße als in der DC, die heterogensten Interessen vertreten waren: auch sie waren das Ergebnis der zutiefst ungleichmäßigen Entwicklung Italiens. In ihnen einen reinen Klassenstandpunkt zu suchen, wäre absurd. Es gab auch keine klare vorherrschende Klassenposition. Und ebenso wie es dem Großkapital nicht gelungen war, in ausreichendem Maße die Oberhand über die anderen konservativen Interessen zu gewinnen, so gelang es den Parteien der Arbeiterbewegung nicht, eine in sich geschlossene beherrschende Klassenposition (reformistisch oder mehr oder wenig revolutionär) zu entwickeln. Kaufleute, arme Bauern, Handwerker . . . stellen Schichten dar, die auf jeden Fall bei einem kohärenten kapitalistischen Reformismus den Schaden davongetragen hätten.

Die allgemeinen Gründe für das "Scheitern" des CS kennen wir. Wie schon erwähnt, war der politische Block, der sich in dem "repressiven" Jahrzehnt um die DC gebildet hatte, ziemlich heterogen: Die DC schwenkte die Fahne des Antikommunismus und sammelte und "organisierte" Zustimmung, wo sie nur konnte. Angesichts der vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstufen des Landes waren die Kräfte, die in der DC zusammentrafen, ziemlich disparat: vom Großkapital und der staatlichen Industrie im Norden bis zu dem wirtschaftlichen und sozialen Desaster im Süden, das teilweise geerbt, teilweise aber auch provoziert und verstärkt worden war. In dem Jahrzehnt der repressiven Entwicklung gerieten diese Interessen nicht in offenen Widerspruch zueinander – warum, hat man gesehen. Aber mit dem Wiederaufleben der Arbeiterbewegung wären diese Widersprüche sehr schnell aufgebrochen, falls das CS kohärente "reformistische" und auf "Effizienz" gerichtete Vorstellungen entwickelt hätte, um wichtige Kräfte der Arbeiterbewegung in ein neues politisches Gleichgewicht zu integrieren. Eine solche Entwicklung aber hätte ziemlich einschneidende Reformen und – insgesamt – eine politische Neuordnung des herrschenden Blocks erfordert. Beides zusammen, vor allem aber die erste Maßnahme, mußte für die DC und den Interessenblock, den sie vertrat, eine recht schmerzliche Operation bedeuten. Die DC hätte auch einige ihrer Klientelpositionen zugunsten der Parteien der Arbeiterbewegung aufgeben können, wenn nur das Klientelssystem als *Methode* zur politischen Stabilisierung der wirtschaftlich-sozialen Krise (vor allem im Mezzogiorno) erhalten geblieben wäre. Die DC war sich ziemlich sicher, die ungeheuersten Ressourcen kontrollieren und ihre politische Vormachtstellung halten zu können. Aber falls bei der Aufteilung der Mittel die Parteien der Linken "zu" günstig weggekommen wären, oder falls die Methode der Regierung von einem wirksamen Reformprozeß untergraben worden wäre, wäre die Vormachtstellung der DC in eine Krise von derartigen Ausmaßen geraten, daß sie sie nicht hätte eindämmen können. Einigen der Interessengruppen, die sich an den alten herrschenden Block wandten (Teil des Großkapitals, staatliche Industrie . . .), ging es doch immer nur um die reibungslose Fortführung der Akkumulation und der Ausbeutung, wenn auch vielleicht in einem "kontrollierteren" Zusammenhang, vor allem aber auf ein solides politisches Gleichgewicht gegründet. Aber für andere Gruppen in bestimmten Sektoren und Zonen hätten Reformeingriffe eine große Umwälzung und ein Unglück bedeutet, das um jeden Preis bekämpft werden mußte.

Viele Ereignisse der Politik dieser Jahre – vom Gesetzesvorschlag Sullo über die städtische Reform . . . bis zum 13. Juni und den Ereignissen um die Präsidentschaftswahl – zeigen die enorme politische Macht dieser Interessengruppen im Innern der DC und im herrschenden Block, den wir ruhig als "rückständig" definieren können, und zwar in dem Sinn, daß sie der Ausdruck der Rückständigkeit des italienischen Kapitalismus sind – rückständig, wenn er mit sozio-ökonomischen Systemen in "fortgeschritteneren" Ländern verglichen wird. Dies ist jedoch eine gewollte und funktionale Rückständigkeit. Und insgesamt wird dabei die Schwä-

che, der Kompromiß und die geringe Herrschaftsfähigkeit des Großkapitals angesichts einer politischen Aufgabe deutlich, die mit der Zeit immer klarer hervortritt. Das alles sind noch Pauschalurteile, die unserer Meinung nach richtig sind, aber noch nicht ausreichen für eine genaue politische Diagnose. Es ist nutzlos, wieder in Klagen über das Elend unserer Sozialwissenschaften zu verfallen: Tatsache ist, daß wir nicht darüber hinausgehen können, daß wir nicht imstande sind, die Verwicklung der Interessengruppen, die in dem repressiven Jahrzehnt und in der späteren Entwicklung entstanden sind, mit ausreichender Genauigkeit zu rekonstruieren. Und wir sind nicht imstande, jeder der Gruppen ein "Quantum" von politischer Macht innerhalb einer Diagnose der heutigen Situation zuzurechnen.

Um nur ein Beispiel zu bringen. Man spricht oft von der "unentwirrbaren Verflechtung" von Profit und Grundrente in breiten Sektoren des italienischen Kapitalismus als Begründung dafür, daß jeder ernsthafte Versuch einer städtischen Bodenreform und einer sozialen Wohnungspolitik scheitern mußte. Aber dabei muß man einige Unterscheidungen treffen. Die Beteiligung des Großkapitals an Immobiliengesellschaften hindert nicht die Erkenntnis, daß das Hauptinteresse des Kapitals darin besteht, die Ausbeutung der Arbeit in einem politisch möglichst ausgewogenen und konfliktlosen Rahmen fortzuführen. Wenn eine bürgerliche Wohnungspolitik ein nützliches Instrument für diesen Zweck darstellt, wie es schon weitgehend anerkannt wird, dann wird das Großkapital sie zweifellos unterstützen; andernfalls haben die großen Immobiliengesellschaften nichts zu verdienen. Die Verhältnisse liegen ganz anders für das Kleinkapital. Die Spekulanten, die Händler, die Bürger, die in Wohnungen "investieren", die kleinen Bauherren, die Kleineigentümer von Boden, sind die wahren Feinde einer städtischen Bodenreform in einem "kapitalistisch fortgeschrittenen" Land. Diese lautstarke und in Wahlen wichtige Masse kann das Spiel des Großkapitals spielen, wenn es eine nicht kontrollierte reformistische Bewegung fürchtet, die zu Betriebskämpfen führt. Aber diese funktionale Unterstützung rückständiger Interessen bedeutet nicht, daß die Interessen *in toto* übereinstimmen. Die Reformisten sind Reformisten und die Reaktionäre sind Reaktionäre. Gewiß verbünden sich die ersteren mit den letzteren, wenn der Widerstand der Arbeiter die kapitalistische Planung bedroht; aber man soll nicht zwei Feinde miteinander verwechseln, wenn ihr Bündnis brüchig ist und sie "normalerweise" ganz verschiedene Waffen anwenden.

4. Die aktuelle Krise

Monat für Monat werfen sich die besten Ökonomen der Regierung auf die Monatsstatistiken, um die Indices der industriellen Produktivität zu analysieren und nach Anzeichen eines möglichen wirtschaftlichen Aufschwungs auszuspähen. So wie diese Indices gemacht sind – die geringeren Variationen haben keine Bedeutung – täten sie besser daran, Vermutungen mit Hilfe des Kaffeesatzes abzuschern. Unsere Ökonomie ist Wundern zugeneigt, die “naturburschenhaften” Investoren bewirken eine mysteriöse Entwicklung und mit der Wahrsagerei könnten wir die Dinge viel besser voraussehen.

Aber wenn wir nicht an das Wunder von San Gennaro glauben, müssen wir eine gewisse Distanz zu den monatlichen Statistiken über die ökonomische Situation (oder zu entsprechenden Indikatoren der politischen Situation) wahren und einen historisch größeren Zeitraum in unsere Überlegungen einbeziehen. Auf diese Weise kommt man nicht umhin zu bemerken, daß die Lage des italienischen Kapitalismus heute ziemlich kritisch ist. Die Ausdrucksformen der Krise sind letztlich ziemlich einfach.

(1) Wie wir schon zu Beginn angedeutet haben, muß man in der nächsten Zeit damit rechnen, daß die Entwicklungsimpulse aus dem Ausland noch schwächer werden und daß die internationale Konkurrenz sich verschärft. Das macht die an sich schon ziemlich schwierige innere Situation noch prekärer. Wenn man der internationalen Konkurrenz standhalten will, und der italienische Kapitalismus wird es auf jeden Fall versuchen, muß durch eine starke Konzentration der Mittel die Konkurrenzfähigkeit der “fortgeschritteneren” Sektoren unserer Wirtschaft erhöht werden – “die Starken werden stärker gemacht” –. Die Mittel dafür müssen der Verwendung zur “politischen Stabilisierung” entzogen werden (der Expansion des öffentlichen und privaten Konsums, Transferierungen des Reichtums an benachteiligte Zonen und Schichten, Protektion von “jungen Industrien” etc.). Im allgemeinen erlangt das Kapital in Krisenzeiten eine Machtstellung, die es “auf lange Sicht” nicht aufrechterhalten kann: der Machtstellung wird viel in diesen Krisenzeiten geopfert.

(2) Diesmal jedoch ist die Aufgabe außerordentlich schwierig, und “kurzfristige” Maßnahmen reichen nicht aus. Die italienische Wirtschaft befindet sich gegenüber der internationalen Konkurrenz in äußerst ungünstigen Umständen. Einerseits entsprechen die Arbeitskosten nun dem europäischen Durchschnitt. Andererseits ist die industrielle Struktur viel schwächer als diejenige der europäischen Konkurrenten. Gewiß hat sich mit dem CS und mit der Krise die industrielle und finanzielle Konzentration verstärkt, die eine wesentliche Voraussetzung für die zukünftige Konkurrenzfähigkeit darstellt. Das Industrie- und Finanzkapital ist in nur zwei großen Gruppen konzentriert: Im Fiat-Konzern und

in der Gruppe mit staatlicher Beteiligung. Der kürzliche Zusammenbruch von Montedison ist wichtig, um die Programme des italienischen Monopolkapitals zu begreifen. Olivetti ist in der Krise; Pirelli ist eine internationale Holding, bei der es immer unsicherer wird, ob die Zentrale in Italien sein wird. Aber außerhalb und manchmal auch innerhalb dieser großen Zentren ist die Schwäche der industriellen Strukturen alarmierend; die Folgen der reduzierten Akkumulation in den Jahren 1963-1970 werden immer spürbarer. Die Krise, die im Süden schon zum Alltagsleben gehört und für einige Sektoren und Unternehmenstypen zum Desaster führt, ist besonders ernst für eine Gruppe von Unternehmen von mittlerer Größe (die Elektrohaushaltsgeräte sind der typische Fall), mit der man bei einer Erweiterung und Konsolidierung der industriellen Struktur Italiens rechnen mußte. In den Jahren des Booms haben sie eine schnelle Entwicklung durchgemacht, aber es ist ihnen in der Folgezeit nicht gelungen, die notwendigen schnellen Fortschritte (in Hinsicht auf ihre Technologie, die Organisation von Warenabsatz und -einkauf, die Finanzierung) zu vollbringen, um der gegenwärtigen nationalen und internationalen Konjunktur gewachsen sein zu können. Und das staatliche Kapital hat weder die menschlichen noch die finanziellen Mittel, um wirksam auf die Forderungen nach aktiven Eingriffen, die von allen Seiten kommen, reagieren zu können.

(3) Die technisch-ökonomischen Probleme sind an sich schon ziemlich kompliziert. Aber die grundsätzliche Schwierigkeit für den italienischen Kapitalismus besteht darin, daß er diese Probleme unter den oben analysierten Bedingungen der "Frühreife" und unter Verhältnissen einer sozialen und politischen Krise von gewaltigen Ausmaßen in Angriff nehmen muß.

Die Frühreife bringt es mit sich, daß gerade wegen der besonderen Entwicklung der Kapitalakkumulation in Italien Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, zumindest aber eine gewisse Machtposition der beschäftigten Arbeiter in Tarifikämpfen geschaffen werden können, trotz der großen Arbeitskraftreserven, die in Gebieten oder Sektoren mit niedriger Produktivität oder in jenen Bevölkerungsschichten "eingefroren" sind, die nicht als Arbeitskräfte erscheinen, weil sie in der kapitalistischen Akkumulation keine Verwendung finden. Das bedeutet, daß die kapitalistische Akkumulation ohne die politische Zustimmung der Organisationen der Arbeiter ziemlich kurzatmig bleibt und durch etwaige Konflikte mit den Arbeitern schon im ersten Aufschwung blockiert werden kann.

(4) Darüber hinaus riskieren Versuche, die großen Arbeitskraftreserven in Sektoren und Gebieten mit niedriger Produktivität "aufzutauen" (durch den Mansholt-Plan in der Landwirtschaft, durch eine Neuordnung des Bauwesens, durch Abschaffung mancher Handwerkerstände oder der kapitalistischen Kleinindustrie, durch Übernahmestop seitens lokaler oder zentraler staatlicher Verwaltungen, also durch "kapitalistische Rationalisierungen"), soziale Spannungen, die die Parteien nur noch schwierig unter Kontrolle halten könnten; vor allem in einer Situa-

tion, in der die Wut über jenen Staat, der zum Emigrieren zwingt, immer mehr wächst, und in dem die Möglichkeit einer zeitweiligen Emigration sich immer mehr reduziert, wenn nicht *in loco* mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Das gilt vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, für den Mezzogiorno. Einer starken Ausweitung der "effizienten" industriellen Beschäftigung in unterentwickelten Gebieten des Landes türmen sich fast unüberwindliche Hindernisse über kurz oder lang auf.

Auf der einen Seite haben wir die Feindschaft in weiten Bereichen der lokalen politischen Klassen, die entweder an rückständige Interessengruppen gebunden sind oder durch die Eingriffe zugunsten eines schnellen Industriewachstums geschädigt werden (die "Gangemi", um den Exponenten der 100 Tage von Reggio zu nennen); oder die auf jeden Fall auf die Entziehung großer Mittel für das Klientensystem mit Wut reagieren werden. Mit den "Reformen", und mit dem massiven Eingriff des staatlichen und privaten Großkapitals, des CIPE (2) etc. müßten die allgemeinen Finanzierungen, die mit leichter Hand von den lokalen Verwaltungen manövriert werden können, reduziert werden. Und wenn die industrielle Entwicklung sich nur in Ansätzen durchsetzen und wachsen würde, wären ganz schnell Klassenverhältnisse geschaffen, die nicht mehr durch das Klientensystem unter Kontrolle zu halten sind.

Auf der anderen Seite haben wir die enorme "wirtschaftliche" Schwierigkeit, in einer unvorbereiteten Umgebung so gezielt zu investieren, daß schnell und ausreichend Arbeitsplätze geschaffen werden. In einer Phase verschärfter internationaler Konkurrenz ist die "Konkurrenzfähigkeit" entscheidend: und bis jetzt sind nur die berühmten "Weltraumschiffe in der Wüste" im Süden entstanden (Ölindustrie und Eisenindustrie), die in Relation zur Höhe des investierten Kapitals wenig Arbeitskraft beschäftigen und die auf die lokale Industrie wenig stimulierend wirken. Außerdem ist ein Sättigungspunkt für diese großen Komplexe erreicht. Wie sich noch eine effektive Maschinenindustrie und allgemein eine Industrie mit hoher Beschäftigungsrate entwickeln soll, dazu noch schnell und ohne daß sie "zu sehr protegiert wird" (Protektion ist teuer), weiß eigentlich niemand.

Das sind im wesentlichen die Ausdrucksformen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise, der sich die herrschende Klasse Italiens ausgesetzt sieht. Und die Zusammenfassung ist ziemlich hoffnungslos, weil wir zudem noch Probleme ausgelassen haben, die schon einer fähigeren herrschenden Klasse als der italienischen zu schweren Kopfzerbrechen Anlaß geben würde (das Ausbildungssystem z.B.). Scheinbar sind die aufgehäuften Widersprüche nicht mehr zu versöhnen: die Arbeitskraft (organisiert oder nicht) kann einen neuen Aufschwung der Akkumulation blockieren; die Mittel der politisch herrschenden Klasse scheinen nicht auszureichen, um für die internationale Konkurrenz "die Starken stärker zu machen", um eine protegierte Industrie im Mezzogiorno entstehen zu lassen oder um jedenfalls die im Land entstehenden sozialen Spannungen adäquat zu kon-

trollieren; die Feindschaft einer relevanten Fraktion der politisch herrschenden Klasse und ihrer Interessen gegenüber "effizienten" Projekten scheint nicht zu reduzieren zu sein; und dann kontrolliert die politische Klasse den Akkumulationsprozeß nicht direkt: deshalb muß sie indirekte Instrumente einsetzen (ein "geeignetes" politisches Klima, "angemessene" Profite ..), die nur schwierig zu schmieden sind und oft nur allmählich die gewünschten Effekte auslösen. Doch die Zeit ist eine sehr entscheidende Variable in der Entwicklung der Krise.

Gibt es trotzdem noch einen "progressiven" Ausweg für den italienischen Kapitalismus (progressiv für das Kapital, versteht sich: ein erweiterter Akkumulationsprozeß)? Wie werden die wahrscheinlichen Entscheidungen der herrschenden Klasse aussehen?

Wenn sich die internationale Situation nicht allzu schnell verschlechtert, gibt es vielleicht einen "progressiven" Ausweg. Er ist durchaus im Bereich des Möglichen und läuft notwendig über das politische Übereinkommen mit der PCI und der Gewerkschaft. Es ist kurz gesagt das Centro Sinistra, wie es in der von uns kritisierten abstrakten Konzeption verstanden wurde, — aber alle semirevolutionären Utopien ("Reformen, die auf Kosten der Stabilität gehen") müssen daraus entfernt sein —; es ist einfach gesagt, das Konzept des "Wohlfahrtsstaats", dessen bittere Pille von den ersten trojanischen Pferden, die sie der Arbeiterbewegung anboten, vergoldet worden ist, und die ohne weiteres zu versilbern wäre, wenn die PCI und die Gewerkschaften dazugehörten. Das versteht sich von selbst. Es kann verschiedene formale Arrangements der gesamten Operation geben und unterschiedliche Aufteilungen der Gewinne und Kosten zwischen den hauptsächlich politischen Protagonisten des neuen "historischen Blocks". Die Arbeiterbewegung kann *tout court* geprellt werden oder einigen Vorteil daraus ziehen. Aus der Sicht des Kapitals würde die Operation im großen und ganzen dieselbe Bedeutung haben.

Die Aufgabe des neuen CS müßte im wesentlichen auf folgenden Gebieten liegen:

1. in der Kontrolle der Lohnbewegung und der Konflikte (in einer Zeit des intensiven Aufschwungs der Investitionen: sonst hat sie keinen Wert) und
2. in der Kollaboration von DC und Linken, um die sozialen Spannungen zu kontrollieren, die in einer solchen Periode aufkommen müßten.

Die Linken könnten im Austausch dafür (außer der tiefen Genugtuung, einen Beitrag zur kapitalistischen Entwicklung der Nation geleistet zu haben) einige Linksversionen aus dem schon erwähnten Reformbündel überlassen werden (aber zu Beginn vor allem die, die nicht so viel kosten, weil keine Mittel da sind; und auch solche nicht, die zu viel soziale Spannungen erzeugen würden). Außerdem könnten sie irgendeine "rote Baronie" erhalten, die in einem Land mit ungleichmäßiger Entwicklung wie dem unsrigen immer nützlich sein kann. Die Sache würde ebenso laufen, wenn die DC und die Linken sich entschlossen zeigen würden und es ihnen auch gelänge, von wichtigen Kapitalsketoren und nicht nur vom Großkapital einen Vertrauensvorschuß zu erhalten und wenn sie mit "Entschlossen-

heit" die aufkommenden sozialen Spannungen unterdrücken würden, sei es, daß sie von links oder von rechts entstehen. Dann würden wahrscheinlich neue unvorhergesehene soziale Widersprüche entstehen; oder irgendeiner der Protagonisten des neuen "historischen Blocks" fände, daß er zu viel dabei verliert. Aber für das Kapital wäre es wichtig, die Akkumulation in Gang zu setzen und sie für eine Zeit lang mit nur mäßig steigenden Preisen zu verbinden und nur solche Reformen zuzulassen, die einen ausreichenden Zufluß von Arbeitskräften sichern, sei es, daß sie aus dem Süden in den Norden kommen oder daß das Kapital sie im Süden sucht. Mit reaktivierten Investitionen bekommt auch der Staat neue Mittel zur politischen Befriedung und für Reformen, die den Wohlstand der Schichten erhöhen, auf die sich die Akkumulation stützt.

Ein solches Unternehmen könnte heute trotz der in langen Jahren abgenutzten Formel (man kann ja den Namen ändern) Aussichten auf mehr Erfolg haben als 1962, wenn das auch immer noch wenig wäre. Vor allem muß das Großkapital begriffen haben, was ihm damals wahrscheinlich nicht klar war: daß ein wirklicher Aufschwung der Akkumulation ohne ein politisches Abkommen mit PCI und Gewerkschaft nicht stattfinden kann. Denn von einigen Ausnahmen abgesehen handelt es sich um ein nationales Großkapital, das an Italien gebunden ist als Quelle der Arbeitskraft und als Markt. Zweitens würde die PCI nach einer für das System nicht unerträglichen politischen Entschädigung an der Neuordnung teilnehmen; und die Garantien der Einlösbarkeit der Kontrollaufgaben, die der PCI anvertraut werden, sind sehr viel größer, als sie die PSI allein anbieten kann.

Außerdem terrorisiert die PCI seit zehn Jahren die Kapitalisten nur sehr wenig: und mit der Sowjetunion macht man schon gute Geschäfte. Drittens besitzt heute die bevorstehende Einheitsgewerkschaft (3) die organisatorischen Instrumente für eine *zeitweilige* Kontrolle der Lohnbewegung und der Konflikte. Die Instrumente sind noch nicht sehr stark — die Gewerkschaft hat ihre Stellung gerade erst in den Fabriken festigen können und die Delegierten sind noch nicht völlig "syndikalisiert" —, aber die Einheit ist eine starke Waffe, und die Einheitsgewerkschaft wird wahrscheinlich von politischen Strömungen beherrscht, die der ganzen Neuordnung sehr zugetan sind. Gewiß kann man in einem solchen Kontrollwerk nicht lange eine große Rolle spielen. Auch die stärkeren Gewerkschaften werden in einer sozial weniger angespannten Situation sehr schnell große organisatorische Verluste hinnehmen müssen und dann können sie die ihnen zugeordneten Aufgaben nicht mehr richtig wahrnehmen. Aber die Kontrolle muß ja auch nicht allzu lange von ihnen ausgeübt werden: es reicht, wenn der Aufschwung nicht allzu schnell erstickt wird. Schließlich haben einige Interessengruppen, die dieser Entwicklung zur "Effizienz" feindlich gegenüberstehen und sie blockieren können, durch strukturelle Veränderungen in den letzten Jahren Machtverluste erlitten; wir wollen nur den Kleinkapitalismus in der Landwirtschaft erwähnen. Wenn dieses Bündnis stattfinden würde, dann hätten die Ereignisse dieser Jahre auch einen Sinn in der "rationalen Vision", die wir kritisiert haben: Es wären lan-

ge Jahre der "Vorbereitung" für einen historischen Zusammenschluß gewesen, der nicht leicht zustande kommen konnte, Jahre der Konsolidierung von "reformistischen" Strukturen und Ideologien in der Arbeiterbewegung, des Zurechtrückens unangemessener Erwartungen; Jahre langsamer Ausschaltung rückständiger Interessen, von verschärften Widersprüchen im Machtblock, von Bemühungen, die schließlich von Erfolg gekrönt wären. Doch ob das Niveau der "Reife" (nach der Phase der Frühreife) erreicht werden kann, ist ziemlich zweifelhaft; eine schnelle Konstitution eines "erweiterten Centro Sinistra" ist nicht sehr wahrscheinlich. Die größten Hindernisse sind vor allem im Machtblock der DC zu suchen (mit ihrem sozialdemokratischen und republikanischen Anhang). Aber auch für die PCI und die Gewerkschaft würden große Probleme entstehen. Vor allem für die Gewerkschaft, weil eine Reihe Kader mit dieser Lösung nicht einverstanden sind; und weil – in erster Linie – die organisatorischen Kosten zu hoch wären. Die "Gruppen" und – warum nicht – die CISNAL würden einen bedeutend größeren Spielraum gewinnen und das so mühsam aufgebaute Kadernetz, mit dem man den Tiger der spontanen Arbeiterbewegung so gut zähmen kann, würde zerstört. Die PCI hätte gleichermaßen einige Schwierigkeiten mit der Linken –, die zwar nicht mehr innerhalb der Organisation ist, aber noch bemerkenswerte Rückwirkungen auf die Organisation ausübt, wie es die Präsidentenwahl bewiesen hat. Außerdem hätte sie Probleme mit den Interessen der anderen Klassen, deren Protest sie vertritt und denen Reformeingriffe schaden könnten. Aber dafür würde sie allemal Verständnis in der DC finden; und dann hat die PCI in den konfliktreichen Zonen die Hände viel freier als die DC; und schließlich hat sich in diesen Jahren die "reformistische" Komponente im Innern der Partei gewiß verstärkt.

Im Machtblock der DC sehen die Dinge ganz anders aus. Sie steckt bis zum Hals in rückständigen Interessen, die sie selbst mitgeschaffen oder gestärkt hat. Große Verluste auf der Rechten wären unausweichlich, und auf der Linken würde sie keine Entschädigung dafür finden. Es ist vielmehr ziemlich wahrscheinlich, daß auf beiden Fronten Verluste einträten. Viele lokale Machtpositionen müßten abgegeben werden. Und die zentrale Macht müßte die DC mit anderen viel stärker teilen, d.h. aber auch, daß sie viel strikter kontrolliert würde. Für einen Wahlblock, für den die Ausübung der zentralen und lokalen Macht selbstverständlich geworden ist, ergibt sich dadurch eine Paniksituation. Vom Gesichtspunkt der Wahlen und ihrer Organisation wäre die DC die sichere Verliererin bei der Konstitution des neuen historischen Blocks. Die PCI weiß das am besten, und aus dem Grund ist sie so verständnisvoll. Und warum sollte die Democrazia Cristiana dann eine solch gefährliche Straße einschlagen? Für das Interesse der kapitalistischen Entwicklung der Nation? Man braucht nur die (rhetorische) Frage zu formulieren, um zu begreifen, daß eine derartige Entscheidung noch weit außerhalb des Wahrscheinlichen liegt; und die Ereignisse nach dem 13. Juni haben verdeutlicht, was eine Klassenanalyse der DC enthüllen müßte. Die Interessen des fortgeschrittenen Kapitalismus haben (noch?) keine Vormachtstellung in diesem unförmigen Machtblock erlangt: jedenfalls sind sie noch nicht so stark, daß sie die organisatorische Logik besiegen könnten. Die DC beugt sich keiner ökonomischen

misch und politisch progressiven Lösung, wenn sie nicht überzeugt ist, daß sie auch für die Wahlen und für die Organisation das kleinere Übel, die nicht so kostspielige Alternative darstellt.

Fanfani als Präsident könnte vielleicht eine Lösung sein. Vielleicht wird Fanfani es sein, auch mit einer anderen institutionellen Rolle. Niemand in der DC ist qualifizierter, den "Sumpf" trockenzulegen, die Interessen des Großkapitals durchzusetzen und die Konstitution des neuen "historischen Blocks" zu beschleunigen. Man muß nur die Rechten beruhigen. Man muß sie überzeugen, daß es sich nur um eine Leoparden-Revolution dreht: wer sich anpaßt, wird hoch bezahlt. Und wer sich nicht anpassen will, muß erschreckt werden: er muß davon überzeugt werden, daß durch ein Überlaufen von der DC zu anderen kleineren rechten Parteien nichts zu gewinnen ist. Daß die DC der Drehpunkt des zukünftigen politischen Gleichgewichts ist und, solange sie einheitlich ist, es auch bleibt, daß sie die Partei ist, in der ganz natürlich die konservativen Interessen zusammenfließen. Als Vertrauenspfand würden einige institutionelle Retuschen nicht stören: eine Regelung des Streikrechts zum Beispiel und/oder die Illegalisierung der revolutionären Gruppen. Ein momentanes Bremsen in dem Formationsprozeß des "fortgeschrittenen Gleichgewichts" durch eine rigide Abgrenzung nach links durch die Regierungsmehrheit würde auch nicht schaden. Aber vor allem zählte eine Manifestation der Sicherheit und der Einheit der DC, um auf der Rechten größere Meinungsverschiedenheiten zu verhindern. Wenn die Operation einmal angelaufen wäre und allmählich einige Dividenden ausschütten könnte, würden die Überläufer schnell wieder zurückkehren, wie es schon vor zehn Jahren bei denen der Fall war, die die Liberale Partei so aufgebläht hatten. Aber man kann keine Einheit von einer Partei erwarten, die in sich nur die Widersprüche unseres unvollkommenen Kapitalismus widerspiegelt. Vor allem aus diesem Grund und nicht wegen der unvorhergesehenen Härte der Sozialisten, ist das Unternehmen noch nicht gestartet.

Mit dem "Fanfaschismus" ist wahrscheinlich der einzige politische Weg ungangbar geworden, der schnell zur Konstitution des neuen historischen Blocks führen konnte, wenn auch in zunächst schwer erkennbaren Formen. Jetzt wird wahrscheinlich der gewohnte Kampf der gegenseitigen Abnutzung weitergehen. Man ist sogar schon wieder mitten drin. Die Erfahrungen nach 1963 scheinen sich zu wiederholen, nur daß der Rechtsruck noch offensichtlicher ist. Auf diese Art wird verhindert, daß viele nach rechts abwandern; man zügelt die Arbeiterbewegung mit der Depression und die sozialen Spannungen mit der Repression. Daß die PSI mehr oder weniger daran teilnimmt, hat für den Augenblick keine Bedeutung, wir sind immer "unter dem Zeichen" des CS, und zwar in dem Sinn, daß eine langfristige Alternative nicht sichtbar ist. Die Periode der "Vorbereitung" wird nur verlängert. Dadurch werden sich die Interessen, die sich dem historischen Block in den Weg stellen noch mehr zersplittern und der Preis den die Arbeiterbewegung fordern könnte, wird weiter reduziert. Wahrscheinlich hofft man, daß

die vorverlegten Wahlen mit ihrer wütenden Kampagne ("Die Streiks sind der Ruin der Wirtschaft") den Linken eine große Niederlage zufügen. (Die Wahlen vom Mai 1972 brachten keine bedeutenden Verschiebungen der politischen Kräfteverhältnisse. — Anm. d.Ü.) Vielleicht verspricht man sich, daß die Arbeiterbewegung bei einem wirtschaftlichen Aufschwung einen "Vertrauensbeweis" geben würde, dadurch daß sie die Lohn- und Konfliktbewegung spontan kontrollieren würde, *ohne daß im voraus eine angemessene politische Entschädigung vereinbart worden wäre.*

Wenn das das Spiel sein sollte, dann ist es allerdings ein ziemlich riskantes Spiel für das Kapital. Als kapitalistisches Land kann sich Italien nicht ohne große Verluste den Luxus leisten, ruhig zu stagnieren und darauf zu warten, daß sich eine politische Formel finden werde, die die inneren Konflikte wieder ins richtige Lot bringt. Wie hoch die Kosten sein werden, ist heute noch nicht klar auszumachen: aber wenn Italien in der Hierarchie der imperialistischen Länder zurückfällt, dann können sich die Probleme der Wirtschaftspolitik, mit denen das Kapital konfrontiert ist, radikal verändern. Und dann kann sich die Erwartung auf den "Vertrauensbeweis" der Arbeiterbewegung als illusorisch erweisen, auch wenn relevante Teile ihn zu geben bereit wären. Die Repression, die Depression, die Entwicklung "auf italienische Art" verschärfen die sozialen Konflikte und machen das Vermittlungswerk, das der Gewerkschaft und den Parteien zugewiesen würde ziemlich schwierig.